Volksstimme

Einzelpreis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Sindan, Magdeburg. — Druck und Verlag von M. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschlüsse: Für Inserate 1567, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 13.00 Mk., monatlich 4.40 Mk. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen vierteljährlich 11.55 Mk., monatlich 3.85 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 13.80 Mk., monatl. 4.60 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 25 Pf. — Anzeigengebühr: die 6gespaltene Kolonelzeile 1.00 Mk., im Reklameteil Zeile 3.50 Mk., Vereinskalender Zeile 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postscheckkonto: Nr. 1253 Berlin.

Nr. 146. Magdeburg, Freitag den 25. Juni 1920. 31. Jahrgang.

Fehrenbach sucht und sucht . . .

Am Abend des Dienstag lag der arme neue Reichskanzler auf der Nase. Am Mittag des Mittwoch wurde er wieder aufgerichtet, und zwar von derselben Stinnespartei, die ihn am Tage zuvor umgeworfen hatte. Die Fraktion der Schwerindustriellen zog nämlich am Mittwoch ihren Anspruch auf die vier Wirtschaftsministerien — engere Wirtschaft, Finanz, Verkehr und Post — zurück und begnügte sich wieder mit zwei Ministersesseln, Justiz und Schatz.

Dadurch wurde den Zentrumsministern Wirth (Finanz) und Giesberts (Post) das Leben gerettet. Es wurde von der Deutschen Volkspartei weiter zugestanden, daß die demokratischen Minister Koch (Inneres) und Geßler (Wehr) im Amte verbleiben dürften. Nur die Justiz (bisher Blunck) soll in volksparteiliche Hände (Heinze) übergehen.

Infolge dieses

Rückzugs der Stinnestrabanten

war es Fehrenbach möglich, sich wieder vom Boden zu erheben. In anerkennenswertem Eifer machte er sich sofort wieder auf die Ministersuche. Seitdem sucht er und sucht. Bis zur Stunde hat er noch bei weitem nicht alle gefunden, die er braucht. Indessen, er gibt die Hoffnung nicht auf, daß es heute oder morgen doch noch gelingen könnte.

Anzustreichen ist die

Direktionslosigkeit der Stinnesaner.

Vorgestern stellen sie Forderungen auf, die sie gestern verdoppeln und die sie heute wieder halbieren. Es ringen in der Deutschen Volkspartei eben zwei Flügel miteinander. Heute ist der eine oben und morgen der andre. Der eine will gegen Zentrum und Demokraten die offene Diktatur des Großkapitals errichten; der andre sagt: mit Anpassung und Schläue kommen wir weiter. Im Ziele, die Schwerindustriellen wieder in den politischen Sattel zu setzen, sind sie beide einig. Nur über den Weg dahin haben sie verschiedene Meinungen.

Infolge des vorübergehenden Sieges des rechten Flügels wird in den ersten Tagen

der Reichstag ohne Regierung

sein. Das Parlament tritt am heutigen Donnerstag zusammen und wird am morgigen Freitag sein Präsidium wählen. Präsident wird der Genosse Löbe (Breslau) werden. Die beiden Sitzungen haben nur innere parlamentarische Bedeutung. Materiell ist nichts dadurch verloren, daß an diesen Tagen die Regierungsbank keine Besetzung sieht. Aber am Sonnabend müßte sich die neue Regierung spätestens vorstellen können. Es ist aber fraglich, ob bis dahin Fehrenbach mit seinem Suchen fertig geworden ist. Und wenn wirklich, dann muß das neue Ministerium erst sein Programm aufsetzen, was bei einer Koalitionsarbeit auch keine leichte, mindestens eine zeitraubende Arbeit ist.

Wir nehmen daher an, daß sich die neue Regierung erst am Dienstag der nächsten Woche wird vorstellen können. Ihrer ersten Erklärung folgt die große politische Debatte, die das Fazit der Wahlen ziehen soll. Es ist daher Zeit genug gegben, sich etwas tiefer mit den Ursachen der Krise und mit der

Nichtbeteiligung der Sozialdemokratie

an der Regierungsbildung zu beschäftigen.

Um die Krise richtig zu verstehen, von der die Regierung Fehrenbach schon in ihrer Bildung am Dienstag ergriffen worden ist, muß man zwei Dinge auseinanderhalten: Es handelt sich zum einen um eine sehr wichtige Frage des Klassenkampfes, zum andern um eine viel weniger belangreiche Frage des parlamentarischen Zeremoniells.

Um eine Frage des Klassenkampfs handelt es sich insofern, als zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, die heute eine

reine Vertretung des großindustriellen Kapitals

darstellt, ein andres Verhältnis als das des Kampfes nicht möglich ist. Sehr kurzsichtig und oberflächlich ist das Urteil mancher unabhängiger Zeitungen, die zwischen der Deutschen Volkspartei und den bisherigen bürgerlichen Koalitionsparteien, Zentrum und Demokraten, gar keinen Unterschied erkennen wollen. Ausgezeichnet hat jüngst Karl Kautsky in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" auseinandergesetzt, wie falsch die Vorstellung von der „einen reaktionären Masse" ist, die schon Marx auf das entschiedenste bekämpfte. Wie will man sich denn die schweren Kämpfe zwischen den bürgerlichen Parteien selbst erklären, wenn man an dem Glauben von der einen reaktionären Masse festhält? Wie will man sich denn die Vorgänge erklären, die sich in den letzten Tagen zwischen den bürgerlichen Parteien selbst abgespielt haben? Wenn die Deutsche Volkspartei eine Ministerliste verwirft, auf der die Namen Giesberts und Wirth stehen, wenn sie gegen die Besetzung des Arbeitsministeriums mit einem christlichen Gewerkschaftsführer die stärkste Abneigung zeigt, so ist auch dies ein Stück eines Klassenkampfes, der innerhalb der bürgerlichen Parteien geführt wird, und in dem die Deutsche Volkspartei — sie allein — die Rolle des rücksichtslosen Vorkämpfers für Kapitalismus und Reaktion übernommen hat.

Eben wegen dieser klaren Stellung der Deutschen Volkspartei ist auch eine klare Stellungnahme der Sozialdemokratie ihr gegenüber notwendig. Daß zwischen diesen beiden Parteien keinerlei Vertrauensverhältnis besteht, daß sie einander vielmehr gründlich mißtrauen und miteinander einen schweren Kampf um die Macht auskämpfen, das ist eine Tatsache, die durch irgendeine parlamentarische Zeremonie höchstens für weniger Klarblickende verhüllt, aber nicht aus der Welt geschafft werden könnte.

Nachdem es

die Unabhängigen abgelehnt

haben, sich an einer Kombination zu beteiligen, deren weitaus stärksten, einflußreichsten Teil die sozialistischen Arbeitervertreter gebildet haben würden, konnte die Sozialdemokratie keine andre Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten mehr erkennen als die, daß eine Regierung der bürgerlichen Mitte gebildet würde, die neben den Demokraten und dem Zentrum auch die Deutsche Volkspartei umfaßt. Daß diese Lösung als einzig mögliche übrigblieb, ist und bleibt

die ungeheure Schuld der Unabhängigen

So wie aber die Dinge nun einmal liegen, muß die Sozialdemokratische Partei die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mitte, in der die Demokraten und die christlichen Arbeiter als Bremser gegen eine allzu scharfe Rückwärtsbewegung wirken können, als das kleinste der noch möglichen Uebel betrachten. Die Sozialdemokratische Partei hat daher kein Interesse, in diesem Augenblick die Bildung einer solchen Regierung zu stören und zu behindern, sie hat vielmehr an dem Zustandekommen dieser wegen der unabhängigen Weigerung einzig möglichen Regierung insofern ein Interesse, als auch sie die Beendigung dieser langen Krise wünschen muß. Außerdem will sie gern einer rein bürgerlichen Regierung Gelegenheit geben,

zu zeigen, was sie kann,

da ohne diesen politischen Anschauungsunterricht eine Sinnesänderung der Wähler zugunsten der von der Sozialdemokratie bisher betriebenen Politik nicht zu erwarten ist.

Auf eine knappe Formel gebracht, ist die Situation die: Die Sozialdemokratie muß nach dem Versagen der Unabhängigen eine bürgerliche Regierung wollen, sie muß aber auch wollen, daß diese Regierung ganz ohne sie zustande kommt und regiert. Darum war der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion, dessen Sinn es ist, man wolle der bürgerlichen Mittelregierung gegenüber

vorläufig abwartende Neutralität

üben, ihre Bildung nicht stören und ihre Taten abwarten, durchaus logisch. Der parlamentarische Brauch will aber, daß bei namentlichen Abstimmungen weiße Jazettel und rosa Neinzettel ausgegeben werden und daß, wer sich enthalten will, einen blauen Stimmzettel abgibt. Rosa bedeutet also im Fall eines Vertrauensvotums die schärfste Form der Ablehnung, blau die einfache Verweigerung. Werden nun bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum weniger weiße abgegeben als blaue und rosa zusammen, so bedeutet das, daß nur die Minderheit der neuen Regierung das Vertrauen ausspricht. Während die Mehrheit es ihr in zwei verschiedenen Formen verweigert. Nach einer solchen Abstimmung ist es schwer zu behaupten, daß die Regierung ein Vertrauensvotum erhalten habe.

Die Schwierigkeit liegt also darin, daß die Enthaltung, die die sozialdemokratische Fraktion üben will, parlamentarisch gar nicht als solche wirkt, wenn sie durch Abgabe blauer Stimmzettel erfolgt. Die weißen, rosa und blauen Stimmzettel sind vor 18 Jahren eingeführt worden unter ganz andern Verhältnissen, als wir sie heute haben. Der parlamentarische Brauch von vorgestern paßt schlecht zu dem parlamentarischen System von heute.

So ist die Fehrenbach-Krise einmal auf Fragen des Klassenkampfs, zum andern auf Fragen der parlamentarischen Zeremoniells zurückzuführen. Wenn beide sauber auseinander gehalten werden, ist nach dem Rückzug der Schwerindustriellen noch eine Lösung möglich, kann Fehrenbach bei seinem emsigen Suchen noch ein Ministerium auffinden.

Der unabhängige Kniefall.

Viele Genossen sprechen ihre Verwunderung darüber aus, daß die Sozialdemokraten in Braunschweig sich bereit fanden, Mausweißerdienste für die Unabhängigen zu leisten und gemeinsam mit ihnen die Regierung zu bilden. Diese Genossen meinen, nachdem die Unabhängigen durch ihren skrupellosen Kampf gegen die Sozialdemokraten die alte Regierungsmehrheit gesprengt hatten und selbst zur stärksten Fraktion geworden waren, hätte man ihnen allein die Regierung überlassen müssen.

Diese Meinung ist vollkommen richtig, [illegible] Genossen [illegible] möchten jetzt gefälligst zeigen, was sie allein besser machen können. Im Landtag gaben unsre Genossen folgende Erklärung ab:

> Wir hatten den Auftrag, für eine rein unabhängige Regierung einzutreten, der wir im Landtag alle Unterstützung zuteil werden lassen wollten, soweit sich diese Regierung im Sinn einer sozialistischen Politik auf dem Boden des Erfurter Programms bewegt. Da aber die U. S. P. eine reine unabhängige Regierung zu bilden ablehnte, sind weitere Verhandlungen zur Bildung einer Regierung notwendig.

Der mutige Sepp Oerter war auch in den weitern Verhandlungen nicht zu bewegen, allein mit seinen 28 Freunden die Regierung zu übernehmen, er wollte auf die Hilfe der 9 Sozialdemokraten nicht verzichten.

Damit war eine außerordentlich schwierige Situation geschaffen. Der braunschweigische Landtag hat 60 Sitze. Zur Beschlußfähigkeit ist nach seiner Geschäftsordnung die Anwesenheit von 40 Abgeordneten notwendig. Diese Bestimmung wurde von der unabhängigen Mehrheit des ersten Landtags nach der Revolution aufrechterhalten. Von einer sozialistischen Mehrheit konnte in Braunschweig deshalb nicht die Rede sein. Die Mehrheitsbegriffe sind eben verschieden. Im Reichstag genügt eine Stimme über die Hälfte der Abgeordneten, um ihn beschlußfähig zu machen. In Braunschweig hatten die Unabhändigen beschlossen, daß eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist.

Dank dieser Bestimmung ist es den 28 Mann der Rechten, aber auch den 28 Mann der Unabhängigen möglich, jeden Beschluß zu verhindern. Nicht einmal diese Bestimmung selbst kann gegen den Willen der Rechten oder der Linken abgeändert werden.

Der einzige Ausweg wäre die Heranziehung der fünf Demokraten gewesen, wodurch immerhin den 28 Mann der Rechten 37 Abgeordnete der Linken gegenübergestanden hätten. Versuchte die Rechte, diese Mehrheit zu vergewaltigen, hätten mit Aussicht auf Erfolg Neuwahlen ausgeschrieben werden können. Das wollten die Unabhängigen nicht.

Eine Verbindung unsrer Genossen mit allen bürgerlichen Parteien war natürlich ausgeschlossen. Eine Regierungsbildung erschien so völlig unmöglich.

Da machten die Unabhängigen in ihrer Angst vor der Alleinregierung und den Neuwahlen einen

vollkommenen Kniefall.

Sie gaben alle Grundsätze preis und verpflichteten sich zur restlosen Anerkennung unsers Programms. Es wurde folgendes vereinbart:

> Das Erfurter Programm soll die Grundlage des Zusammengehens beider sozialistischen Parteien bilden. Sie kämpfen nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und Pflichten aller. Ein Eintreten für die sofortige politische Räteherrschaft oder die Vor- und Gewaltherrschaft einer Minderheit in Braunschweig ist ausgeschlossen. Ein politisches Rätesystem kann in Deutschland nur durch den Mehrheitswillen des Volkes eingeführt werden, nachdem die Arbeiterklasse die politische Macht erobert hat. Die Parteien verwerfen jede gewaltsame Putschtaktik und treten ein für volle Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Für die positive Arbeit im Ministerium sollen im allgemeinen die Grundlagen als Richtlinien dienen, wie sie in der Berliner „Freiheit" vom 29. April 1920 unter 1—12 zusammengefaßt sind, soweit sie dem Erfurter Programm nicht widersprechen und gegenwärtig zu verwirklichen sind.

Die Beschlüsse des Ministeriums sollen wie üblich kollegial gefaßt werden. Annahme, Anstellung und Entlassung von Hilfsarbeitern und Beamten soll nur in Uebereinstimmung beider Teile stattfinden.

Die Kritik an Handlungen und Unterlassungen der Parteiorgane, der parlamentarischen Vertreter der Parteien und ihrer Minister ist nur in Formen auszuüben, die dem angegriffenen Teil eine sachliche Auseinandersetzung ermöglichen. Besonders sind keinerlei persönliche Anschuldigungen öffentlich zu erheben, bevor der Anschuldiger sich von deren Richtigkeit überzeugt und alle Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen, auch Gelegenheit gegeben war, daß der Angegriffene sich über die Anschuldigung äußert.

Wahrheit, Recht und Sitte sollen die Grundlagen für das Betragen der Mitglieder beider Parteien sein.

Unter diesen Umständen glaubten unsre Genossen in Braunschweig die gemeinsame Regierung nicht ablehnen zu können und die Verantwortung für das Chaos bzw. die Zwangsregierung, die kommen mußten, wenn die Rechte ihre Macht rücksichtslos ausnutzen würde, diesen reaktionären Parteien aufzubürden.

Nach 14 Tagen wurden schließlich auch die bürgerlichen Parteien mürbe und gaben den Widerstand auf. Allerdings haben sie der Regierung den allerschwersten Kampf angesagt und versichert, sie würden ihr das Leben so sauer wie möglich machen.

Wie lange das Bündnis zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen in Braunschweig dauert und besonders, wie lange die Unabhängigen an die getroffenen Vereinbarungen sich halten werden, wird die Zukunft zeigen. Sepp Oerter und seinen Freunden sind wegen ihrer Haltung von allen Seiten der unabhängigen Partei bereits die schwersten Vorwürfe gemacht worden. An Versuchen, sie zur Aufgabe der Vereinbarungen zu bewegen, wird es wohl nicht fehlen. Dann bleibt nur die Auflösung des Landtags, und die Wähler werden zu entscheiden haben, welche Partei am besten den Willen ihrer Wähler vertreten hat. Jedenfalls haben unsre Genossen sich nicht von Parteirücksichten leiten lassen und gezeigt, daß sie den Mut haben, auch unter schwierigsten Umständen das Beste für das ganze Land und die Arbeiterschaft zu leisten. —

Die Thüringer Landtagswahlen.

Das amtliche Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen kann erst am nächsten Mittwoch, also in 8 Tagen, bekanntgegeben werden. Es stehen noch zwölf bis fünfzehn kleinere Orte aus, die aber am Ergebnis nichts Wesentliches ändern werden. Bis jetzt sind folgende Zahlen bekannt:

	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	132 784	11
Unabhängige	182 865	15
Kommunisten	8 434	—
Demokraten	58 142	4—5
Deutsche Volkspartei	144 077	8
Deutschnationale	45 122	3—4
Bauernbund	134 487	11

Es werden also 26 sozialistische Abgeordnete etwa 27—28 bürgerlichen Abgeordneten gegenüberstehen.

Thüringen war bisher eine unbestrittene sozialistische Hochburg, besonders die Unabhängigen waren außerordentlich stark vertreten. In allen thüringischen Kleinstaaten bestand eine sozialistische Mehrheit, in manchen besaßen ihn die Unabhängigen allein.

Diese sozialistische Mehrheit ist verloren, und zwar infolge der großen Stimmenverluste, welche die Unabhängigen erlitten haben. Nur zur einem Teile ist es unsrer Partei gelungen, die Verluste der Unabhängigen wettzumachen.

Die unsinnige Politik der Unabhängigen bei der Regierungsbildung im Reiche hat sich in Thüringen bitter gerächt. Bei den Reichstagswahlen ergab sich in Thürigen noch eine sozialistische Mehrheit — in 14 Tagen ging sie verloren. Ein Blinder muß sehen, daß die unabhängige Politik von den Arbeitern nicht verstanden wird und vor allem nicht geeignet ist, dem Sozialismus neue Anhänger zu gewinnen. Darauf kommt es aber an. In Thüringen hat sich gezeigt, daß die sozialdemokratische Politik Anhänger gewinnt.

Für Thüringen gilt nun das gleiche wie in Bremen, Anhalt, Mecklenburg und im Reiche. Die Unabhängigen haben zu entscheiden, ob das bisher durch und durch sozialistische Thüringen von einer Regierung der Rechten verwaltet und damit alles preisgegeben werden soll, was bisher von den Sozialisten — besonders auf dem Gebiet des Schulwesens — geleistet worden ist.

Vieles, vielleicht alles kann erhalten und weiter ausgebaut werden, wenn sich die Unabhängigen zu einer Koalition der Linken mit Sozialdemokraten und Demokraten entschließen. Der Einfluß der Demokraten wäre dabei äußerst gering. 26 sozialistischen Vertretern ständen nur 4 Demokraten in der Regierungsmehrheit gegenüber. —

Unabhängige und Gewerkschaften.

Die „Gewerkschaft", das Organ der Staats- und Gemeindearbeiter, berichtet in ihrer Nr. 22 über eine Versammlung in Grafenwöhr in Bayern. Dort ist ein Militärbetrieb aufgelöst worden und es ist nicht gleich gelungen, alle Entlassenen unterzubringen. Diese Entlassenen hetzen nun gegen den Verband. In einer Versammlung wurde eine Ortsgruppe des christlichen Verbandes gegründet. Die „Gewerkschaft" schreibt darüber: „In dieser Versammlung wurde nun kein gutes Haar an unserm Verband und seinen Betriebsräten gelassen, und als Hauptforderung der Christlichen die Entlassung unsers Filialvorsitzenden Streber und der Betriebsräte Hagen und Kamm verlangt. Die Haupttriebfeder der Schwarzen ist der Pfarrer von Grafenwöhr. In recht unchristlicher Weise zog er über unsern Kollegen Streber her. In der Diskussion sprach der Führer der hiesigen Ortsgruppe der Unabhängigen, Herr Mühlhofer. Er trat, man höre und staune, für die christliche Gewerkschaft ein. Auch der Vorsitzende der Kriegsbeschädigten, der frühere radikale Arbeiterrat Kopp, hat sich in hervorragender Weise an der Gründung der schwarzen Gewerkschaft beteiligt. Der Radikalismus dieser Leute hat sie wieder dorthin geführt, woher sie gekommen sind. Und das ist gut so, denn solche Elemente schaden der freien Gewerkschaftsbewegung mehr als sie nützen."

Das ist kein übles Bild, der Unabhängigenführer und der Pfarrer Arm in Arm gegen freie und für christliche Gewerkschaften. Wie heißt es aber in den unabhängigen Blättern? „Die Unabhängige Partei ist die Partei der wahrhaft revolutionären sozialistischen Arbeiter . . ." —

Unabhängige Wahlniederlage.

In Zella-Mehlis (Thüringen) fanden am 20. Juni Stadtverordnetenwahlen statt. Dabei erhielten Stimmen (wir fügen zum Vergleich die Stimmenzahlen der Reichstagswahl bei):

	6. Juni	20. Juni	(— Verlust, + Gewinn)
Sozialdemokraten	526	731	+ 205
Unabhängige	2747	1882	— 865
Kommunisten	604	345	— 259
Bürgerl. Parteien	2377	2189	— 188

Zella-Mehlis war eine unbestrittene Hochburg der Unabhängigen, und zwar der schärfsten Tonart, wie die Stimmenzahl der Kommunisten zeigt. Von Zella-Mehlis zogen in den Märztagen die Arbeiter aus den Waffenfabriken nach der Stadt Gotha, die angeblich in den Händen der Kappisten war. Viele Arbeiter sind in den schweren Kämpfen damals ums Leben gekommen. Um so auffallender ist es, wie die unabhängige Dröckeberger-Politik gerade in dem radikalen Zella-Mehlis gewirkt hat. 1124 Stimmen haben die Unabhängigen und Kommunisten eingebüßt, und zwar innerhalb von 14 Tagen.

Trotz der Zunahme unsrer Partei empfinden wir keine Freude; denn wir müssen feststellen, daß von den unabhängigen Verlusten fast 200 Stimmen den bürgerlichen Parteien zugefallen sind. Die Erziehungsarbeit der Unabhängigen und Kommunisten muß verdammt schlecht gewesen sein. —

Unabhängige Rechenkünstler.

Die Unabhängigen müssen zu recht eigentümlichen Methoden greifen, um ihre Anhänger von dem „unaufhaltsamen Siege" der Unabhängigen Partei zu — überzeugen. So macht eine Notiz die Runde durch die unabhängige Presse, in der es heißt:

Die rechtssozialistische Presse weiß zu berichten, daß bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin die U. S. P. eine schwere Niederlage — einzelne dieser Blättchen meinten, dies ist die „erste Quittung" für die Ablehnung der Regierungsbildung — erlitten habe. Gegenüber dieser Behauptung teilen wir das nunmehr feststehende amtliche Ergebnis mit. Es erhielten

	1920 Stimmen	gegen 1919 Zunahme	Abnahme
Unabhängige	24 567	24 567	—
Kommunisten	1 178	1 178	—
Sozialdemokraten	128 473	—	15 434

Man muß schon ein „geübter" Rechtssozialist sein, um aus diesem Ergebnis einen demokratisch-rechtssozialistischen Sieg und eine unabhängige Niederlage zu machen.

Das ist ein plumper Kniff. 1919 haben die Unabhängigen noch mit uns gewählt, deshalb ihre angebliche „Zunahme". Außerdem wird sorgfältig verschwiegen, daß 1920 zwei Wahlen in Mecklenburg stattfanden; am 6. Juni zum Reichstag und 8 Tage später zum Landtag. Diese Wahlen miteinander verglichen ergaben:

	6. Juni	13. Juni	(— Verlust, + Gewinn)
Unabhängige	36 062	24 567	— 11 495
Kommunisten	2 668	1 178	— 1 490
Sozialdemokraten	119 823	128 473	+ 8 650

Die Wirkung der unabhängigen Politik bei der Regierungsbildung kommt in diesen Zahlen deutlich zum Ausdruck. Es sieht traurig um eine Partei aus, die zu solchen Mitteln greifen muß, um ihre Anhänger über eine zweifellose Niederlage zu täuschen und ihnen „Erfolge" vorzugaukeln, um sie bei der Stange zu halten.

Die Wirkung des Boykotts.

Aus Budapest kommt die Nachricht, daß die ungarische Regierung zurücktreten werde. Wohl wird hinzugefügt, daß dieser Rücktritt nichts zu tun habe mit dem Boykott, den der Internationale Gewerkschaftsbund über Ungarn verhängt hat, aber diese diplomatische Erklärung wird niemand täuschen. Als künftiger Ministerpräsident wird Graf Apponyi genannt, derselbe, der in der Parlamentssitzung vom 5. Juni gegen die Schandtaten der Offiziersbanden protestierte. Und das allein ist bezeichnend.

Zugleich kommt aus London die Nachricht, daß der englische Oberkommissar Townbridge zurückberufen worden ist. Gegen Townbridge hatte der Führer der englischen Arbeiterdelegation, die in Ungarn eine Untersuchung über den weißen Schrecken veranstaltete, Wedgwood, die Anklage erhoben, moralisch verantwortlich zu sein für das Schreckensregiment in Ungarn. Townbridge war es gewesen, der mit dem letzten Kriegsminister der ungarischen Kommunistenregierung, Böhme, die Waffenstillstandsverhandlungen geführt hat, worin festgelegt war, daß keine Verfolgungen wegen politischer Betätigung während der Herrschaft der Kommunisten stattfinden würden. Trotzdem hat nachher Townbridge den weißen Schrecken gedeckt. Das ist also ein doppelter Erfolg der internationalen Arbeiteraktion. —

Eine Regierung durch Verhältniswahl.

In der unlösbaren österreichischen Regierungskrise scheint nunmehr eine Lösung gefunden zu sein. Die drei Parteien der Nationalversammlung haben den Vorschlag Dr. Friedrich Adlers, ein Kabinett durch die Nationalversammlung nach dem Verhältniswahlsystem wählen zu lassen, grundsätzlich angenommen. Gleichzeitig schlägt Dr. Adler eine Vermehrung der Staatssekretär- und Unterstaatssekretärstellen vor, so daß dem neuen Kabinett 8 Sozialdemokraten, 8 Christlichsoziale, 2 Großdeutsche und 3 Beamte angehören würden. Große Schwierigkeiten macht die Personenfrage. Die Sozialdemokraten schlagen als neuen Staatskanzler den bisherigen Staatssekretär des Innern Eldersch und, falls dieser den bürgerlichen Parteien nicht genehm sein sollte, den Staatssekretär für soziale Verwaltung Hanusch vor. Staatskanzler Dr. Renner selbst hat, wie schon berichtet, abgelehnt, weiter Staatskanzler zu bleiben, weil er den Erlaß des Staatssekretärs Deutsch über die Soldatenräte, der den Anlaß zu der Krise bildete, für berechtigt hält. Dagegen wird Dr. Renner weiter Staatssekretär des Auswärtigen bleiben und hat als solcher auch die Verhandlungen mit dem Wiedergutmachungsausschuß zu führen. Ferner verlangen die Sozialdemokraten, daß Staatssekretär Deutsch auf seinem Posten bleibe. Natürlich kann es sich nur um ein Provisorium bis zu den nächsten Wahlen handeln, die am 5. Oktober stattfinden sollen. —

Wie die Unternehmer rüsten!

Die Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmer und die Spitzenverbände von Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe haben den Zusammenschluß zu einem

Zentralausschuß der Unternehmerverbände

beschlossen. Dem Zentralausschuß werden angehören: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen, Reichsverband der deutschen Industrie, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Reichsverband des deutschen Handwerks, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Reichsverband der Bankleitungen, Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen, Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrsgewerbe. Der Zentralausschuß bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen.

Durch die Errichtung dieses Zentralausschusses hat die Forderung des Hansabundes zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Unternehmer ihre sachliche Erledigung gefunden. Der Zentralausschuß wird über die Bildung von örtlichen oder bezirklichen Ausschüssen gleicher Art und über die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der gesteckten Ziele auch auf örtlicher Grundlage die erforderlichen Richtlinien erlassen.

Politisch sind Agrarier und Unternehmer fast restlos durch das Bündnis zwischen Deutschnationaler und Deutscher Volkspartei vereinigt. Diesem politischen Zusammenschluß entspricht dieser neue wirtschaftliche Zusammenschluß gegen die Arbeiter.

Die Arbeiter zersplittern sich aber immer mehr. Die Unabhängigen erklären die Sozialdemokraten zu ihren Todfeinden, als ihnen der Eintritt in die Regierung und damit ein Bündnis angeboten wurde. Die Unabhängigen liefern zudem den vereinigten Ausbeutern auch noch den gesamten Staatsapparat aus.

Die Stoßkraft der Gewerkschaften wird durch die fortwährenden innern Kämpfe, welche die Unabhängigen, Kommunisten usw. in sie hineintragen, gelähmt. Die Syndikalisten greifen gar zur offenen Spaltung. Ob die Arbeiter nicht bald merken, was hier angerichtet wird? —

Hetze gegen den Landarbeiterverband!

Seit Wochen hetzt die deutschnationale Presse die Oeffentlichkeit planmäßig gegen den Deutschen Landarbeiterverband auf. Tag für Tag werden von einer bestimmten Stelle Hetzartikel gegen den Verband losgelassen, die ihren Weg stets zum letzten reaktionären Kreisblättchen finden. Es gibt nicht leicht eine m größerer Gemeinheit und annähernd derselben Verlogenheit betriebene Agitation gegen eine wirtschaftliche Arbeiterorganisation wie sie sich hier zeigt.

In Pommern vereitelte der „Pommersche Landbund" jede Zustandekommen einer tariflichen Vereinbarung, bis sie schließlich von der Regierung erzwungen werden mußte. Der Landbund sieht als seine Hauptaufgabe die Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation der Landarbeiter an. Zu diesem Zwecke hat er in seiner Organisation eine sogenannte Arbeitnehmergruppe gebildet. Diese gelbe, zumeist auf dem Papier stehende Organisation wird bei allen Tarifverhandlungen als Sturmbock vorgeschickt. Obwohl der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß diese Vereinigung als Tarifpartei gemäß der Verordnung vom 23. Dezember 1918 nicht anerkannt hat.

Im Januar wurde von sozialdemokratischer Seite in der Nationalversammlung die „kleine Anfrage" gestellt, was die Regierung zu tun gedenke gegen die vom „Pommerschen Landbund" veranlaßte Massenkündigung gewerkschaftlich organisierter Landarbeiter, die sich als eine bewußte Provokation der Arbeiter darstellte, wie die neuste Hetze gegen den Landarbeiterverband genugsam erweist.

Unter dem 1. Juni ist jetzt der Nationalversammlung, noch kurz vor ihrem Tode, die Antwort aus dem Reichsarbeitsministerium zugegangen. Es heißt darin:

> In 18 Kreisen sind etwa 1280 Kündigungen insgesamt erfolgt, von denen in den mir vorgelegten Berichten 304 Fälle als zweifellos unberechtigt bezeichnet werden. In weitern etwa 330 Fällen kann die Berechtigung der Kündigung bezweifelt werden. Die Ermittlungen haben sich infolge der Märzereignisse und ihrer in Pommern besonders starken Nachwirkungen verzögert und sind auch jetzt noch nicht ganz abgeschlossen, über das endgültige Ergebnis behalte ich mir nach Eingang der von den Provinzialbehörden noch zu erwartenden Berichte weitern Bescheid vor.

Diese Zahlen beweisen, daß der „Landbund" ganz systematisch vorgegangen ist, um die organisierten Landarbeiter zu entfernen. Wenn es damals durch das Eingreifen der Regierung noch verhindert wurde, so besteht bereits jetzt wieder die Gefahr, daß der „Landbund" durch sein Verhalten die schwersten Konflikte heraufbeschwört. Die seinerzeit auf Grund des Ausnahmezustandes erlassenen Zwangstarife entbehren heute nach der Aufhebung des Ausnahmerechts einer Rechtsgrundlage. Sie sollen nun auf Grund freier Vereinbarung oder durch ein paritätisches Schiedsgericht erneuert werden. Der Landbund aber verhindert das Zustandekommen von Verhandlungen und auch das Zusammentreten von Schiedsgerichten. Obwohl er weiß, daß die pommerschen Landarbeiter von ihrem berechtigten Verlangen auf tarifliche Reglung ihrer Lohnbezüge nicht abgehen werden, läßt er es auf den offenen Konflikt ankommen, weil er darauf hofft, daß durch einen Erntestreik die Stimmung für ein Ausnahmegesetz gegen die Landarbeiter reif wird. Die täglichen Hetznotizen in allen agrarischen Blättern deuten auf einen planmäßigen Feldzug in dieser Richtung. Die deutschnationalen Agrarier wittern seit langem Morgenluft und hoffen, ihren verhaßten Gegner, die gewerkschaftliche Organisation der

Landarbeiter, baldigst zertrümmern zu können. Die Herrschaften werden sich schwer verrechnen.

Es ist höchste Zeit, daß die Regierung diesen Vorgängen die größte Aufmerksamkeit widmet und rücksichtslos eingreift, wenn hier die Leutchen vom „Landbund" von neuem durch ihre Halsstarrigkeit jede ruhige Entwicklung unmöglich machen. —

Aus dem Reichstag.

Die Wahl des Reichstagspräsidenten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen, ihren Anspruch als stärkste Fraktion auf den Platz des Reichstagspräsidenten dringend zu erheben und für diesen den bisherigen Vizepräsidenten der Nationalversammlung Genossen Löbe vorzuschlagen.

Als Schriftführer bringt die Fraktion den Genossen Richard Fischer und die Genossin Bohm-Schuch in Vorschlag.

Die Fraktion wählte ferner zu Vorsitzenden die Genossen Hermann Müller, Scheidemann und Wels. In den Fraktionsvorstand wurden weiter gewählt die Genossen Fischer (Berlin), Hoch, Loebe, Molkenbuhr, Juchacz, Stolten, Hildenbrand und Schumann (Berlin). In den Seniorenkonvent delegiert wurden: Loebe, Molkenbuhr, Hoch, Hermann Müller, Scheidemann, Juchacz und Wels. Als Vorsitzender des Reichshaushaltsausschusses wurde wieder der Genosse Heimann (Berlin) in Aussicht genommen.

Amnestie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, folgenden Antrag einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorzulegen, durch den die Straffreiheit entsprechend der Bielefelder Vereinbarung vom 29. März gewährleistet wird.

Durch diesen Antrag wird eine für das ganze Reich geltende Amnestie im Geiste des Bielefelder Abkommens gefordert. —

Preußische Landesversammlung.

145. Sitzung.

Berlin, 23. Juni.

Am Regierungstisch: Am Zehnhoff.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 40 Minuten und teilt mit, daß der Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh. Soz.) sein Mandat wegen seiner Wahl für den Reichstag niedergelegt hat. Dem Abg. Dr. Friedberg (Dem.) widmet der Präsident einen kurzen Nachruf.

Das Haus verweist dann einen Antrag des Abg. Adolf Hoffmann (Unabh. Soz.) um Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Kilian an den Geschäftsordnungsausschuß.

Der Gesetzentwurf über die Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen wird danach ohne wesentliche Aussprache in zweiter und dritter Beratung gegen die Deutschnationalen angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Abändrung des § 10 des Gesetzes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst.

Abg. Meyer (Frankfurt, Dem.): Die Möglichkeit zur Tätigkeit in der innern Verwaltung muß auch Personen erschlossen werden, die nicht die Befähigung zum Richterdienst haben. Die Politisierung der Verwaltung darf aber nicht so weit gehen, daß Männer übernommen werden, nur weil sie einer bestimmten Schicht angehören. Es kommt lediglich auf erwiesene praktische Tätigkeit an. Wir beantragen Ausschußberatung.

Ein Regierungsvertreter: Der Entwurf beseitigt schweres Unrecht beispielsweise gegen die Schulmänner, die bisher nicht in leitende Stellungen kommen konnten.

Abg. Frau Dr. Wegscheider (Soz.): Wir erwarten von dem Entwurf die wünschenswerte Herstellung des Gleichgewichts zwischen Schulmännern und Verwaltungsbeamten. Mittlere Beamte, die über große Erfahrungen verfügen und ihre organisatorische Fähigkeit erwiesen haben, müssen in leitende Stellungen kommen.

Abg. Lichtenstein (Unabh. Soz.): Der Entwurf bedeutet nur eine kleine Bresche in eine der Hochburgen der preußischen Reaktion. Im Interesse der mittleren Beamten muß sie erweitert werden.

Nach Ausführungen der Abgg. Lüdicke (dt.-natl.) und Dr. v. Richter (Dt. Volksp.) wird der Entwurf einem Ausschuß von 28 Mitgliedern überwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 2½ Uhr: Aendrung der Reichsverfassung hinsichtlich der preußischen Stimmen im Reichsrat.

Schluß 4 Uhr 15 Minuten. —

Arbeitsplan der Landesversammlung.

Nach den Besprechungen im Aeltestenrat wird die Landesversammlung zunächst nur am Mittwoch und Donnerstag tagen und am Donnerstag den Notetat für 1920 und den Antrag des Verfassungsausschusses erledigen, der von der Reichsregierung eine Abänderung der Artikel 61, 65 und 268 der Reichsverfassung, insbesondere der in dem letzten Artikel gegebenen Frist zur Verabschiedung des Gesetzes über die Ernennung der preußischen Reichsratsmitglieder verlangt.

Dann wird sich das Haus bis zum 5. Juli vertagen. Man hofft, daß sich die politische Situation im Reiche inzwischen geklärt haben wird. Nach dem Wiederzusammentritt soll die Etatsberatung mit der daran anschließenden großen politischen Aussprache stattfinden. Diese soll bis zum 8. Juli dauern. Alsdann will man sich von neuem vertagen, weil während der Zeit, wo die Abstimmungen in Ostpreußen stattfinden, keine Sitzungen stattfinden sollen.

Zur Frage der Weiterberatung der Verfassung äußerte der Vertreter der Deutschen Volkspartei die Ansicht, man solle jetzt nicht mit der Beratung beginnen, da durch die Reichstagswahlen eine ganz andre politische Grundlage geschaffen sei. Dem schloß sich auch der Vertreter der Unabhängigen an. Von der Sozialdemokratie, dem Zentrum und den Demokraten wurde jedoch widersprochen und man einigte sich dahin, daß eine Entscheidung in dieser Frage jetzt noch nicht herbeigeführt werden soll, sondern daß der Ausschuß ernsthaft in die Weiterberatung eintritt, damit die zweite Lesung bald zustande kommt. Nach Abschluß der zweiten Lesung im Plenum soll dann endgültig aber die Verabschiedung der Verfassung und über die Auflösung des Hauses Beschluß gefaßt werden. —

Breitscheid-Politik.

Von einem Parteigenossen wird uns geschrieben:

Die Breitscheid-Versammlung der Unabhängigen war ein Muster, wie die Arbeiter verwirrt werden. Es war beschämend, wie Dr. Breitscheid über die Demokratie und die parlamentarische Regierungsbildung spottete. Wie ein Korpsstudent riß er schnoddrige Witze über die Demokratie, die in 8 Tagen sechs verschiedene Volkswillen errechne. Wäre die Versammlung aus Deutschnationalen zusammengesetzt gewesen, so hätte er auf donnernden Beifall rechnen können. Mit solchen Redensarten kann er nur „Erfolge" erzielen bei jungen Arbeitern, die im „vaterländischen" Unterricht während des Krieges politisch „geschult" wurden, statt in den Gewerkschaften, der politischen Partei und der proletarischen Jugendbewegung.

Gerade von Breitscheid, von dem ich noch etwas hielt, hätte ich das nicht erwartet. Er war doch noch 1912 Kandidat für die Demokratische Vereinigung und versicherte damals, mit allen Fasern seines Herzens an der Demokratie zu hängen. Als Schüler Theodor Barths kam er zur Sozialdemokratie und bekannte als solcher sich nicht nur zur Demokratie, sondern behauptete auch, daß er bereit sei, mit seinem Herzblut für die Demokratie kämpfen zu wollen. 1915 ging er zu den Unabhängigen und trat im Herbste 1918 noch für Demokratie und die Nationalversammlung ein. Nur war es schon auffallend, daß Breitscheid nach dem Leipziger Parteitag noch bei den Unabhängigen blieb, die doch plötzlich zur Diktatur sich bekannten. Unverständlich aber ist es mir, wie man so schnell sich wandeln kann und über Demokratie und Parlament, letzten Endes aber auch über die Masse der Arbeiter selbst, so abscheulich höhnen kann, wie Breitscheid im „Konzerthaus".

Hinterlistig und im höchsten grade verwirrend war es, als Breitscheid den Sozialdemokraten „Verrat" vorwarf, weil sie sich bereit erklärten, eine Regierung aus den Mittelparteien zu dulden, d. h. nicht gleich am ersten Tage zu stürzen. Breitscheid weiß genau, daß die Folge eine Regierung mit Einschluß der äußersten Rechten wäre. Er will also eine Regierung Helfferich-Ludendorff und damit den Bürgerkrieg. Darauf deutet auch eine Aeußerung, daß in den nächsten Monaten Ereignisse außerhalb der Parlamente eintreten werden, die alle parlamentarischen Berechnungen über den Haufen werfen würden.

Am interessantesten war aber, was Breitscheid als Grund anführte, warum die Unabhängigen nicht in die alte Koalition eintreten wollten. Er meinte, in diesem Falle würden die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei alle wirtschaftlichen und militärischen Machtmittel aufbieten, um diese Regierung zu stürzen. Breitscheid traut also den vereinigten Kräften der Unabhängigen, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum nicht die Kraft zu, einen gewaltsamen Umsturzversuch der Reaktion abzuwehren, selbst wenn sie den ganzen Staatsapparat in der Hand haben. Den unabhängigen Arbeitern aber redet er vor, sie könnten allein die Diktatur über alle übrigen Parteien ausüben, und das um so besser, je mehr alle Machtmittel der Reaktion ausgeliefert werden. Den Sozialdemokraten wirft er „Verrat" vor, weil sie durch die abwartende Duldung einer Regierung der Mittelparteien eine Regierung der äußersten Rechten verhindern wollen.

Dr. Breitscheid hat noch einen andern Grund angegeben. Er meinte, wenn die Unabhängigen in die Regierung eintreten würden, dann wäre eine Abwandrung zu den Kommunisten zu befürchten. In der Regierung würden die Unabhängigen aber recht radikale Anträge stellen, daß die bürgerlichen Parteien sie ablehnen und die Unabhängigen dann doch wieder ausscheiden müßten. Das hätte aber wieder eine Abwandrung der Arbeiter zu den Sozialdemokraten zur Folge, und darum müßten die Unabhängigen in der Opposition bleiben.

Also nicht um den Arbeitern zu helfen, treiben die Unabhängigen Politik, sondern nur, um ihrer Partei willen. Das nennen sie dann konsequente, revolutionäre Politik. In Wirklichkeit ist es blanker Verrat an der Arbeiterschaft. —

Notizen.

Ein sozialdemokratischer Landrat. Dem Parteisekretär und Nationalversammlungsmitglied Genossen Wolff (Tilsit) wurde die kommissarische Verwaltung des Landkreises Ragnit übertragen. —

Die Sprachenfrage in Nordschleswig. Der dänische Ministerpräsident brachte 78 Gesetzvorlagen ein, die sämtlich auf die Einverleibung der ersten Zone in Dänemark Bezug haben. Bei der Vorlegung des Entwurfs über die Sprachenfrage in Nordschleswig erklärte der Ministerpräsident, daß die Amtssprache Dänisch sei. Deutsch könne jedoch in den Fällen gebraucht werden, wo die Anwendung der dänischen Sprache auf Schwierigkeiten stoße. Nach der Vorlage über die Reglung des Schulwesens kann die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in den Gemeinden gefordert werden, wo 10 Prozent der Bewohner dies verlangen. —

Protest gegen die belgische Deutschenhetze. Der Gesandte Genosse Landsberg in Brüssel ist von der deutschen Regierung angewiesen worden, bei der belgischen Regierung gegen die Deutschenhetze und deutschfeindlichen Kundgebungen in vielen Städten Belgiens nachdrücklich Einspruch zu erheben. —

Verurteilung eines Reichstagsabgeordneten. Das Reichsgericht verurteilte heute den Redakteur der unabhängigen „Freiheit" Hans Mittwoch (Königsberg), der jetzt zum Reichstagsabgeordneten gewählt ist, wegen versuchten Landesverrats sowie wegen übler Nachrede in bezug auf den früheren Wehrminister Noske, den Oberst Hesse und das Auswärtige Amt zu 2 Jahren Festungshaft unter Anrechnung von 6 Monaten der Untersuchungshaft. Die Tat wurde begangen durch die Veröffentlichung des Protokolls über eine angeblich am 8. Juni 1919 abgehaltene Sitzung im Auswärtigen Amt. Das Protokoll erwies sich hinterher als plumpe Fälschung, wurde aber vom Angeklagten für echt gehalten und hätte dem Deutschen Reiche großen Schaden zufügen können. —

Die „unabhängigen" Berliner Stadtverordneten. Die „Unabhängigen" haben bei den Stadtverordnetenwahlen ihren Beschluß, keinen Kandidaten zu wählen, der einer vom Staat unterstützten Religionsgesellschaft angehört, konsequent durchgeführt. Sie haben weder einem Christen noch einem Juden ihre Stimme gegeben, sondern nur Dissidenten und Mitgliedern in freireligiösen Gemeinde. Weder Frau Wurm, noch Dr. Kurt Rosenfeld, weder Stadtrat Seckelsohn noch Jonas Stahl hat man für würdig befunden, die Partei im Roten Hause weiter zu vertreten. Auch gegen Adolf Hoffmann zeigte sich unter seinen Parteigenossen ganz offene Opposition wegen seiner Tätigkeit in der Landesversammlung, im Stadtparlament, als Mitglied des Parteivorstands und als freireligiöser Wanderredner. —

Die K. A. P. D. vor der Spaltung. Nachdem sich kürzlich aus der K. P. D. die K. A. P. D. entwickelt hat, droht auch schon wieder in ihren Reihen die Spaltung. Demnächst findet in Hamburg ein Parteitag der K. A. P. D. statt. Auf der Tagesordnung dieses Parteitags steht ein Referat des Dr. Laufenberg, aber auch der Antrag, Dr. Laufenberg und Dr. Wolffheim als Träger und Vertreter des Nationalbolschewismus und damit als Schädlinge der Partei auszuschließen. Diese Vorgänge beweisen von neuem, daß die Kommunisten, wie auch das Wahlergebnis zeigt, nicht anders als politischer Kleinkinderschreck zu bezeichnen sind. —

Verlegung des Internationalen Bureaus. Bei der Konferenz der englischen Arbeiterpartei in Scarborough, an der 1150 Delegierte teilnahmen, sagte Camille Huysmans, er werde in Genf beantragen, daß das Internationale sozialistische Sekretariat nach London verlegt werde, weil der künftige Mittelpunkt der Internationale in einem mächtigen Lande mit einer mächtigen Partei liegen müsse. —

Das Internationale Arbeitsamt. Unter Vorsitz des französischen Delegierten Fontaines wurde in Genua die vierte Zusammenkunft des Verwaltungsausschusses des Internationalen Arbeitsamts eröffnet. Zuerst wurde die Frage der Untersuchung der russischen Arbeitsverhältnisse besprochen. Präsident Albert Thomas erstattete hierüber Bericht und erklärte, daß unmöglich gewesen sei, eine Kommission nach Rußland zu entsenden. Sobald es die Verhältnisse erlaubten, würde es geschehen. Es wurde ferner beschlossen, als dauernden Sitz des Internationalen Arbeitsamts Genf zu wählen. Die Konferenz will sich mit den Fragen der Mindestlöhne, der sozialen Versicherung und der Arbeiterauswanderung eingehend beschäftigen. —

Sozialisierungsbestrebungen in Schweden. Der schwedische Reichstag hat vier Ausschüsse eingesetzt, deren wichtigster derjenige ist, der die Sozialisierungsfrage behandeln soll. In erster Linie soll dieser Ausschuß feststellen, unter welchen Bedingungen die Einfuhr von Rohstoffen und die Gesamtproduktion dem Staate übertragen werden könnte. In einer Rede äußerte sich der Ministerpräsident Branting über dieses Thema dahin, daß die freie Initiative nicht ausgeschaltet werden soll, daß es aber gelte, der Allgemeinheit alle Vorteile zu sichern, die im Rahmen der Privatwirtschaft nur dem einzelnen zugute komme. Man könne aber die Frage nicht schematisch lösen, da die gesamte, so verschiedenartig gestaltete Produktion nicht automatisch bearbeitet werden könne. Es müsse im Gegenteil ganz genau erwogen werden, welche Zweige überhaupt für die Sozialisierung in Betracht kämen. Sehr wichtig werden auch die Arbeiten eines Ausschusses sein, der eine Gesetzgebung zur Ueberwachung der Trustbildung in Handel, Industrie und Transportwesen vorbereiten soll. —

Depeschen.

Erzberger und das Zentrum.

W. T. B. Berlin, 24. Juni. Wie der „Lokal-Anzeiger" erfährt, wollte die Zentrumsfraktion über das Verbleiben Erzbergers in der Fraktion entscheiden. Erzberger betonte in einer mehrstündigen Rede, der Helfferichprozeß sei noch nicht entschieden, da er Revision eingelegt habe. Die Gewerkschaftler in der Fraktion drohten mit ihrem Austritt, wenn Erzbergers Ausscheiden erzwungen würde. Endlich wurde beschlossen, daß Erzberger vorläufig Abgeordneter der Zentrumspartei bleibe. —

Englische Sozialisten über Rußland.

Amsterdam, 24. Juni. Der Korrespondent der „Times" in Stockholm hatte eine Unterredung mit Frau Snowden und Dr. Quest, zwei Mitgliedern der englischen Arbeiterdelegation, die sich nach ihrem Besuch in Rußland auf der Rückreise nach England befinden. Frau Snowden erklärte: Ich komme mit der festen Ueberzeugung zurück, daß wir von dem Bolschewismus nichts zu lernen und durch ihn nichts zu gewinnen haben. England ist ein sehr konservatives Land. Der Arbeiter hat dort bessere Aussichten, als er sie jemals in Rußland unter den Bolschewisten erlangen wird. —

Bekanntmachung.

Sonderverteilung von kondensierter Milch an Wöchnerinnen und alte Leute.

In der Zeit von Montag den 28. bis Mittwoch den 30. Juni 1920 gelangt an stillende und werdende Mütter auf Marke 8 der Lebensmittelkarte für Monat Juni sowie an Personen über 70 Jahre gegen Abschneiden der rechten oberen Ecke der Magermilch-, Buttermilch- bzw. Quarkkarte für alte Leute für Monat Juni in den nachfolgenden Filialen der Butterzentrale (Otto Bebner)

je 1 Dose kondensierte amerikanische Vollmilch zum Preise von 3.75 Mark für die Dose

zur Verteilung.

Verkaufsstelle Breiteweg 85,
" Schönebecker Straße 100,
" Gr. Diesdorfer Straße 226,
" Lübecker Straße 32,
" Pfälzerstraße 4,
" Halberstädter Straße 107,
" Cracauer Straße 7,
" Olvenstedter Straße 61.

Magdeburg, den 22. Juni 1920. Der Magistrat.

Deutscher Eisenbahner-Verband
— Ortsverwaltung Magdeburg. —

Am Sonnabend den 26. Juni, abends 7 Uhr, findet in der Aula der Augustaschule, Listemannstr., 2. Eingang,

Große Funktionär-Sitzung

statt.

Tagesordnung:
1. Bericht vom Reichstarif (Kollege Apitsch).
2. Wahl eines Ersatzmanns zum Schlichtungsausschuß.
3. Verschiedenes. 162

Aus Anlaß der wichtigen Tagesordnung bitten wir um zahlreiches Erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
— Verwaltung Magdeburg. —

Geschäftsstelle: Große Münzstraße 3, I. — Geschäftsstunden: Werktags von 10 bis 5 Uhr, Sonnabends von 10 bis 4 Uhr. — Sonntags geschlossen. — Telephonruf 1912. 143

Bezirksversammlungen

finden statt:

Sonnabend den 26. Juni

Salbke-Westerhüsen abends 8 Uhr im Lokal des Koll. Gericke. Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Kaulfers. Verbandsangelegenheiten. 143

Olvenstedt abends 7½ Uhr im Lokal von Volkau. Tagesordnung: Vortrag über die Volksfürsorge vom Genossen Bär. Verbandsangelegenheiten.

Sonntag den 27. Juni, vormittags 10 Uhr

Branchenversammlung d. Heizungsmonteure

bei Koppehl, Tischlerkrugstraße.

Tagesordnung: Stellungnahme zum Tarif, Branchenangelegenheiten, Verschiedenes.

Die Verwaltung.

Die Vorträge und Kochversuche
in der Ausstellung zur Linderung der 2519
Kohlennot
im Hotel „Weißer Bär" finden am Sonnabend den 26. d. M. ihren Abschluß. Dort ist der Kochherd-Kohlensparer, der ⅙ jedes Heizmaterials spart, zum Preise v. 49,00 Mk., solange Vorrat reicht, zu haben.

Diejenigen früheren Mitglieder, welche am Tage der Auflösung der Kassen des A. V. Gwk. und der K. H. K., also am 30. Januar 1919 noch Mitglied waren, ersuchen wir, etwaige Ansprüche an die Kassen bis zum 31. Juli d. J. in der Sparstelle des Werkes zu melden. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. 2504

Krankenhilfskasse (B. a. G.) des Arbeiter-Vereins von Fried. Krupp A.-G. Grusonwerk.
Friedrich Hebecker.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete
Dr. Paul Levi (Berlin)
spricht am Freitag den 25. Juni, abends 7½ Uhr, im Hohenzollernpark über 1511
„Die politische Lage nach der Reichstagswahl".
Nach dem Vortrag freie Aussprache.
Kommunistische Partei (Spartakusbund).

Hebamme
zum sofortigen Antritt gesucht. 1400 Einwohner, 30 bis 40 Geburten im Jahr. Bewerbungen u. Forderungen erb.
Braumann, Gemeindevorsteher,
1521 Tarthun bei Egeln.

Für die uns anläßlich unsrer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank.
Hohenwarsleben, im Juni 1920. 2502
Max Grotke und Frau
Helene geb. Hecht.

CORNUCOLL
HOF-APOTHEKE
BREITEWEG 158

300 Mark Belohnung!
Montag abend am Ausgang des Friedrich-Wilhelm-Gartens 2507
Nerz-Pelzkragen
abhanden gekommen. Wiederbringer erhält obige Belohnung ... Str. 115, II I.

+ Natur-Heilanstalt + 1319
für alle Krankheiten
Niemann, Magnetopath, Wolfestraße 16 (am Br. Weg)

Prüfen Sie bitte genau diese Preise

Kleiderdruck blau/weiß gepunkt Meter **14.50**
Kleiderleinen Imitat, verschiedene Farben . . . . Meter **13.50**
Knaben-Satin blau/weiß gestr., gute Qualitäten . Meter **16.50**

Damast-Handtücher rein Leinen St. **18.00**
Reste u. Abschnitte von Waschstoffen und **Baumwollw.** sehr billig

Weiße Bettbezüge . . . Bezug **98.00**
aus gutem Wäschestoff . . . . . Kissen **26.75**

Soweit Vorrat! **Reichsware Schürzenstoff** gestreift . Meter **10.40**

Posten **Portemonnaies** für Damen und Herren zum Aussuchen . Stück **95 ₰**
Posten **moderne Broschen** zum Aussuchen Stück 48 **95 ₰**

Baumwolle schwarz und weiß 50-Gramm-Lage **6.50**
Große Auswahl! **Badeartikel** zu billigen Preisen!
Twist weiß, schwarz, braun Knäuel **55 ₰**

Schuhsenkel schwarz Marke, 90—100 cm lang . Paar **95 ₰**
Taillenband schwarz und weiß . . . . . Meter **1.25**
Druckknöpfe schwarz und weiß . . . . . Dutzend **20 ₰**
Stirn- u. Haubennetze in allen Farben 3.95 **2.45**

Damen-Strümpfe schwarz, englisch lang, verstärkt . Paar **19.75**
Damen-Strümpfe grau u. braun, engl. lang, verstärkt, Paar **16.75**
Kinder-Florstrümpfe schwarz, für 6—8 Jahre . . Paar **6.75**
Kinder-Söckchen weiß und grau, für 4—6 Jahre. . Paar **3.45**

Handfeger Rotthaar . . . . . Stück **5.25**
Auftragebürsten . . . . . Stück **55 ₰**
Straßenbesen . . . . . Stück **85 ₰**
Putz- und Wichskasten eichenartig gestrich. **1.95**
Eßteller tief und flach, zum Aussuchen **1.25**
Vorratstonnen Blech, mit Aufschriften . . . . **95 ₰**
Marktnetze mit Bügel . . . . . **95 ₰**

Schuhcreme extra große Dos. **1.45** | **Streichhölz.** 5 Schachteln **1.75** | **Kochstärke** Paket **60 ₰**

Glanzstärke Paket **1.45** | **Fliegenfäng.** Stück **25 ₰** | **Butterbrotpapier** 100 Bl. **2.10**

Bilderrahmen verschiedene Formate . . . . . Stück **95 ₰**
Magdeburger Ansichtsbilder verschied. Muster Stück **95 ₰**
Eingerahmte Bilder zum Aussuchen . . . . . Stück **3.50**
Große Spiegel mit Nickelrahmen . . . . . Stück **3.65**
Große Figuren reizende Muster . . . . . Stück **6.95**

Bunte Magdeburger Ansichtskarten . . 10 Stück **45 ₰**
Briefpapier mit Seidenfutter 25/25-Packung **3.95**
Schreibblocks Geschäftsformat . . . . . 50 Blatt **2.95**

Pfeffernüsse ¼ Pfd. **95 ₰** | **Speise-Schokolade** Tafel 100 Gr. **6.50** | **Bohnenkaffee** ¼ Pfd. **6.75**

Vorhemden weiß und farbig . . . . . Stück **4.75**
Sportkragen beige . . . . . Stück **4.25**
Schillerkragen weiß und beige . . Stück 14.50 **9.75**

Wir verweisen nochmals ganz besonders auf unsern
billigen Emaille-Verkauf.

Warenhaus
Raphael Wittkowski
Nr. 61 Breiteweg Nr. 61.

Jetzt wieder geöffnet!
Sorgers Gelegenheitskauf
3 Jakobstraße 3 — 3 Jakobstraße 3
Große Auswahl in
Herren-, Burschen-, Knaben- und Kinder-Anzügen sowie Hosen u. Arbeiter-Konfektion zu besonders günstigen Preisen.
3 Jakobstraße 3 **Sorgers Gelegenheitskauf** 3 Jakobstraße 3

Rechtsbureau Referendar a. D.
Lebrecht, Gr. Münzstr. 5, Fernsprecher 6665. Verfasser des Rechtsbuches „Die unglückliche Ehe". Auskunft und alle schriftlichen Arbeiten 1348
in Ehesachen
und allen andern Rechtssachen, besonders auch in Steuersachen. — Sprechz. 10—1, 3—6, Sonntags 10—1 Uhr.

Keine Wanze mehr. Kammerjäger Bergs Radikalmittel
„Nicodaal". Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. — Doppelpackung. Verkauf: Drog. Kaesebier & Ulrich, Gr. Münzstraße 10, in Burg Hirschdrogerie, Ferdinand Schröder. K296
Bitte ausdrücklich nur „Nicodaal" zu verlangen.

Fürsten-Café
mit hochmoderner 1405
Sommer-Palmen-Terrasse.
Jeden Nachmittag
● Elite-Damen-Kaffeekränzchen. ●
Täglich nachmittags und abends
Vornehme Salon-Musik.

Vogelgesang 142
Großer Rosenflor.

Walhalla Lichtspiele
Apfelstraße 12 — Apfelstraße 12

Ab Freitag den 25. Juni

4. Teil
des großen Detektiv-Romans in 6 Fortsetzungen.
Inhalt:
Der Herr der Blitze!
Gewaltige, spannende Handlung, glänzende Darstellung.

Dazu das spanische Abenteuer des berühmten Detektivs
◆ **Joe Deebs** ◆
in 4 Akten
Tamburin u. Kastagnetten
In der Hauptrolle: **Karl Auen.**

Noch dazu ein glänzendes Lustspiel in 2 Akten
Aber erlauben Sie mal!
In der Hauptrolle der bekannte Berliner Komiker **Emil Sondermann.**

Spielzeit: Wochentags 6 bis 10½ Uhr, Sonntags 3 bis 10½ Uhr.
1409

Olympia-Theater
Alte Neustadt, Wittenberger Straße 4.
Von Freitag den 25. bis Montag den 28. Juni
Die große Sensation!
Das mysteriöse Bett
Detektivschlager in 5 Akten.
Solvey das große Kriminal-Sensationsdrama in 4 Akten mit Edda Lindenborg.
Sehr spannend! 2512 Sehr spannend!

Park-Lichtspiele
Den wert. Besuchern zur Kenntnis, daß während der Sommermonate das Kino geschlossen bleibt.
1413 **Die Direktion.**

Fürstenhof-Prunksaal
Nur noch wenige Tage:
? Paini ?
Georg Urban
Margot Kubsch
9 Grig-Grigorys
Richard Kautz
Herbert u. Schüller
usw. 128
— Anfang 7½ Uhr. —

Fürstenhof-Tunnel 118
Täglich 7½ Uhr
Vorstellung
der beliebten Bayern.
Donnerstag, 8. Juli Ehrenabend.

Reichhalt. kräft. Mittags- u. Abendessen à 1. 6 Mk. Gast- u. Logierhaus „Alte Rose", Schwertfegerstraße 22.

Stephanshallen
1407 das wirkliche Volks-Theater.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Altmärker Hof, Träusberg 51.
Freitag u. Sonnabend, abends 8 Uhr, Sonntags 10, 4 u. 8 Uhr Großer Preiskat. Seltene Preise. 2518

Südrestaurant
Leipziger Straße 39. 2509
Freitag, 25. Juni **Eier-Preiskat.**

Zentraltheater
119
Die Dame vom Zirkus
Beginn tägl. 7¼ Uhr

Städtische Theater.
Stadttheater 130
Freitag den 25. Juni Anrecht aufgehoben!
Cavalleria rusticana.
Hierauf: Der Bajazzo.
Anfang 7 Uhr. Ende 9½ Uhr.
Sonnabend: Die Kaiserin.

Wilhelm-Theater
Freitag den 25. Juni, 7¼ Uhr
Erdgeist.
Sonnabend den 26. Juni
Die Büchse der Pandora

Viktoria-Theater.
Freitag, 25. Juni, Anf. 7½ Uhr
Charleys Tante.
Sonnabend Kindertragödie.

Wer wandern will
28 Ausflüge in die Umgebung Magdeburgs
Nach eignen Wanderungen geschildert und mit Kartenskizzen versehen von F. Helmberger
Preis Mk. 2.40 empfiehlt
Buchhandlung Volksstimme

Hofjäger
Täglich abends 7.30 Uhr
Sensat.-Gastspiel der berühmt. Leipziger 1426
Seidel-Sänger
Das neue mit Bombenerfolg aufgenommene Eliteprogr., u. a.
Besetzt
Original-Burleske der Seidel-Sänger
und
Schön ist die Jugendzeit
Vorverkauf bei Jacobs, Ulrichsbog.
Im Garten von nachm. 4 Uhr an
Künstler-Konzert

Kammer-Lichtspiele
Ab Freitag den 25. Juni 1920
NACHTASYL
Gewaltiges Drama in 6 Akten.
Hauptdarsteller:
Maria Jovescu, Fritz Spira, Friedr. Kühne
Regie: Rudolf Meinert.
Eine Demimonde-Heirat
Das Schicksal einer Ehe nach dem gleichnamigen Stück von Augier in 5 Akten.
In den Hauptrollen:
Lia Mara, Ilka Grüning, L. v. Ledebour, Heinrich Peer. Regie: Dr. Martin Zickel.
Beginn: Sonntags 3 Uhr, wochentags 6 Uhr, Ende 10.45 Uhr. Beginn der Abendvorstellung 8½ Uhr.
Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr **Große Frühvorstellung**

Panorama-Lichtspiele
Ab Freitag den 23. Juni
Madame Dubarry
Der große historische Prunkfilm aus der Zeit Ludwigs 15. von Fred Orbing und Hanna Krally
Regie: Ernst Lubitsch.
In den Hauptrollen: 115
Pola Negri. Harry Liedtke. Emil Jannings. Ed. v. Winterstein. Reinhold Schünzel.
Im falschen Stock
Entzückendes Lustspiel in 3 Akten.
Beginn Sonntags 3 Uhr, Wochentags 6 Uhr
Ende 10.45 Uhr
Beginn der Abendvorstellung 8.20 Uhr

Zirkus-Lichtspiele
ZL
Große Abenteuer-Sensation
Die Maske
5 Akte — mit
Max Landa, Eva Speyer
Eduard von Winterstein
Gertrud Welcker, A. E. Rückert
Zaungast des Lebens
Drama in 4 Akten mit
Ralf Nordeck M296
Käthe Dorsch
Marga Köhler
Spielzeit von 6 bis 10.45 Uhr
Sonntags von 3 bis 10.45 Uhr

Wilhelma.
Jeden Freitag und Sonnabend
Garten-Konzert
(Philharmonisches Orchester). 248
Bei ungünstigem Wetter im Saal.
In beiden Sälen **Sonntags Gesellschaftsball** (Doppelorchester)

Parkrestaurant 1422
Herrenkrug
Heute Freitag ab 3½ Uhr:
Gr. Kaffee-Konzert
des gesamten Philharmonischen Orchesters.

Raucht Bonitas!

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 146. Magdeburg, Freitag den 25. Juni 1920. 31. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 24. Juni 1920.

Gegen Wohnungsnot, für Sozialisierung.

Auf Einladung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirksverein Magdeburg, waren die Vertreter der baugewerblichen Organisationen und die Vertreter der Baugenossenschaften, Mieter- und Schrebergartenvereine zu einer Besprechung im „Artushof" am 23. Juni erschienen, um gegen die Wohnungsnot, den Baustoffwucher und die daraus entstehende Massenarbeitslosigkeit Stellung zu nehmen. Vertreten waren der Bauarbeiterverband, der Zimmererverband, Verband der Dachdecker, Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen, Verband der Steinsetzer, Verband der Maler, Holzarbeiter-Verband, Metallarbeiterverband, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Reichsbund deutscher Techniker, Gewerkschaftskartell, das Wohnungsamt, der Mieter-Bau- und Sparverein Magdeburg, Mieter-Bau- und Sparverein Gr.-Ottersleben, die Gemeinnützige Baugenossenschaft Magdeburg, Baugenossenschaft für Kleinwohnungsbau Kl.-Ottersleben, der Spar- und Bauverein Magdeburg, Gartenstadt Reform und die Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft.

Bezirksleiter Koch vom Deutschen Bauarbeiterverband gab den Aufruf der baugewerblichen Arbeiterverbände bekannt,

am 1. Juli in ganz Deutschland Massenversammlungen

einzuberufen, die sich mit den Forderungen an die Reichsregierung, Landesregierungen und die Kommunen beschäftigen soll. In der Aussprache wurde von allen Rednern die Notwendigkeit der Veranstaltung betont und erwartet, daß die Versammlung in Magdeburg zu einer Massenkundgebung wird. Zur Vorbereitung der Versammlung wurde eine siebengliedrige Kommission gewählt. Als Referent ist Herr Kaufmann, Vorsitzender des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, gewonnen, der ein ausgezeichneter Kenner des zur Behandlung stehenden Themas ist. Die Versammlung findet am 1. Juli 1920, nachmittags 5 Uhr, im „Wilhelmspark" statt. Mit dem Ersuchen, die Presse für diese Aktion zu gewinnen und für Massenbesuch zu sorgen, wurde die Besprechung geschlossen. —

Die „Sieger" vom 6. Juni.

Am 23. Juni fand im „Turmpark" Südost eine vom Sozialdemokratischen Verein einberufene öffentliche Versammlung statt. Der überaus starke Besuch ließ schon darauf schließen, daß unsrer Partei ein sehr reges Interesse von den hiesigen Einwohnern entgegengebracht wird. Der Referent, Genosse Burghard, hielt in seinen Ausführungen mit dem Thema „Die Sieger vom 6. Juni" scharfe Abrechnung mit allen gegnerischen Parteien. Für geschulte Politiker sei das Ergebnis der Wahl keine Ueberraschung. Wir wissen, daß das Volk in verärgerter und erregter Stimmung gewählt hat. Ein Teil der Arbeiterschaft schwenkte nach links ab zum Radikalismus und ein Teil der Bürgerschaft nach rechts. Das Volk durfte nicht denen nachlaufen, denen jetzt ihr Maulheldentum nachgewiesen ist. Er führte der Versammlung die besonders von der U. S. P. vor der Wahl geführten verwerflichen und schmutzigen Kampfmittel vor Augen. Er wies den letztern nach, daß nur sie allein die Schuld tragen, wenn jetzt keine Regierung zustande komme, die einem republikanischen, demokratischen Deutschland entspricht. Eine bürgerliche Regierung kam bisher nicht zustande, weil die Rechtsparteien wissen, daß sie gegen den Willen des arbeitenden Volkes nicht regieren können. Bei einer vielleicht bald kommenden Neuwahl zum Reichstag mögen die Wähler eingedenk sein der nicht gehaltenen Versprechen, die ihnen unsre Gegner gaben.

An den Verhältnissen in Rußland zeigte der Redner die Unmöglichkeit der Rätediktatur. Den Wählern der U. S. P. muß gesagt werden, was ihnen ihre Führer vorgemacht haben. Auf die fortwährenden Zwischenrufe einzelner U.-S.-P.-Leute erteilt der Redner gebührende Antworten. Er fordert die Anwesenden auf, treu zur Fahne der Sozialdemokratie zu halten und zu lernen aus den ernsten Zeiten. Die Versammlung dankte dem Referenten durch starken, anhaltenden Beifall. Mit großer Majorität wurde eine Redezeit von ¼ Stunde für die Diskussionsredner festgesetzt, worüber sich der Unabhängige Graul sehr aufregte. Genosse Winzer wies die falschen Beschuldigungen der U. S. P. auf das entschiedenste zurück. Nach einigen Ausführungen des Unabhängigen Magdanz bekam der Referent das Schlußwort, in dem er den Rednern der Gegner nichts schuldig blieb. Mit dem Ersuchen an die Versammelten, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten und die „Volksstimme" zu abonnieren, schloß der Vorsitzende die interessante und erfolgreiche Versammlung. —

Frechheit hilft!

Der Ausfall der Landtagswahlen in Mecklenburg und Thüringen ist den Unabhängigen in die Knochen gefahren. Sie spüren es nur zu deutlich, daß die unabhängigen Arbeiter für ihre Drückeberger-Politik gar kein Verständnis aufbringen und in hellen Scharen davonlaufen. Das jämmerliche Verhalten der Unabhängigen im Reich, in Braunschweig, Bremen, Anhalt, Gotha und in einzelnen Gemeinden, das in so grellem Gegensatz zu ihren großen Worten im Wahlkampf steht, hat sie um ihren Kredit bei den Arbeitern gebracht. In den Redaktionen der unabhängigen Zeitungen wütet die Verzweiflung. Sie wissen nicht mehr, wie sie die widerspruchsvolle Haltung rechtfertigen sollen, und nun handeln sie nach dem Grundsatz: Frechheit hilft!

Das Magdeburger unabhängige Organ bringt es fertig, folgendes zu schreiben:

Wir wollen nur noch die Falschheit der Rechtssozialisten zeichnen, da sie zunächst an das Spiel in Braunschweig erinnert. Erst weigerten sie sich, in die Regierung mit einzutreten. Sie begingen also das, was sie uns so schwer anreiben. Nebenbei war das gar nicht demokratisch gehandelt, vor allem aber war es bezeichnend für ihre sozialistische Ueberzeugung. Gegen eine Verbindung mit den energischsten Ver-

Gustav Bauer

Reichstagsabgeordneter für Magdeburg

spricht am Sonntag, 27. Juni, vormittags 9½ Uhr, im Zirkus, Königstr.

Volksgenossen, Arbeiter, Sozialdemokraten, erscheint in Massen! Die gespannte politische Lage verlangt eure Aufmerksamkeit, eure Pflichterfüllung. —

Wilhelm Picard.

Von J. Steiner-Jullien. Nachdruck verboten.

(7. Fortsetzung.)

Es dauerte lange, bevor Wilhelm diese Nacht den Schlaf fand.

Wenn Frankreich bis zum Ende friedlich blieb und Deutschland ihm den Krieg erklärte, war er dann nicht verpflichtet, für Frankreich die Waffen zu ergreifen? Mit welchem Recht könnte er sich dessen weigern? Weil er Frau und Kinder hatte? — Sein Kamerad hatte es gesagt: „Es gibt noch mehr, denen es wie Ihnen geht und doch einrücken müssen."

Ja, er war dazu verpflichtet. Aber gegen wen würde er Frankreich verteidigen? . . . Gegen Deutschland! — Und er würde vielleicht zum Mörder seines Bruders werden, der im selben Augenblick vielleicht schon an der Grenze steht . . . Seines Bruders und aller seiner Brüder drüben, mit denen er aufgewachsen war, Freud' und Leid geteilt hatte. Als Feind würden sie ihn wiederfinden, mitgerissen von der furchtbaren Maschinerie, seine Freunde aus der Organisation.

Ja, suchte er aber nicht eine Ausflucht? — Es ist sehr bequem, zu sagen, ich habe diesen und jenen Grund, mich nicht zu schlagen, und Frankreich von der fürchterlichen deutschen Kriegsmaschine zermalmen zu lassen. Denn schließlich war es immer die Republik, auf die diese Höllenmaschine, geleitet von einer militärischen Kaste, zuerst losgelassen wurde. Und die Franzosen, die da glaubten, die Kräfte auszugleichen, durch eine Verlängerung des Kasernendienstes um ein Jahr!

Und wenn er fiel — wer würde für die Seinen sorgen? Die paar Spargroschen würden bald verzehrt, das Häuschen verkauft werden . . . Alle seine Hoffnungen und Pläne brachen zusammen . . .

Und schließlich weinte der Mann, den Kopf in die Kissen vergrabend, um seine Frau nicht zu wecken. So schlief er endlich ein, im Schlafe noch wie ein geschlagenes Kind schluchzend.

7. Kapitel.

Der blutige Wahnsinnsrausch.

Müde und zerschlagen wachte er auf. Lisbeth und die Kinder waren längst aus den Betten. Er hörte sie in der Küche hantieren, vorsichtig und leise, um den Vater nicht zu wecken.

Er hatte sich im Bette aufgesetzt. Die Sonne leuchtete warm und golden ins Zimmer. Von draußen drang das Zwitschern der Vögel und der Morgen mit seinen frischen Düften durch das halb geöffnete Fenster herein. Er sah hinaus in seinen Garten, wo die Blumen bunt und saftig leuchteten, die Bäume fruchtschwer ihre Aeste bogen, die Gemüsebeete reinlich in grünen Reihen standen. Ein herrlicher Sommersonntag.

„Und morgen wird man sich morden," dachte Wilhelm schreckensvoll. Er sah um sich. All dies war sein, die Frucht seines Schweißes. Und alles war wie sonst. „Es ist nicht möglich," sagte er halblaut, während Bangigkeit und Trauer ihn erfüllten, „es ist nicht möglich. . . ."

Langsam kleidete er sich an, als ginge er zu einem Begräbnis. Als er in die Küche kam, stand das Frühstück wie sonst bereit. Die Kinder erwarteten ihn hungrig und sprangen mit einem Freudengeschrei an ihm hinauf. Lisbeth sah niedergeschlagen aus. Das Kindergeplapper verdeckte die bange Stille, die zwischen den Ehegatten herrschte.

Lange saß Wilhelm beim Kaffee. Er zündete sich seine Pfeife an, ließ sie jedoch immer wieder erkalten. Er dachte an seinen Bruder, den er auf den Armen getragen, ein frischer, rotbackiger Junge, voll Schalkhaftigkeit und Güte, und der morgen vielleicht, in blutige Fetzen zerrissen, in fremder Erde verfaulen würde. Er dachte an seine Freunde hüben und drüben, die ohne einander zu kennen, ohne einander ein Leid getan zu haben, in blinder Wut einer den andern töten würden. Er erinnerte sich der ängstlichen Güte des einen oder andern, die nie einer Fliege hätten weh tun mögen und nun unter dem rechtlosen Gesetz des Krieges Menschen morden würden.

Es fielen ihm die Worte seines Vaters ein: Wenn die Welt wieder einmal einen blutigen Wahnsinnsrausch bekommt, halte Dich fern davon, wenn Du kannst.

Ja, wer das könnte! Seinem Vater war wohl, denn er war tot. Er wird das Grausen nicht wieder sehen, das er schon einmal erlebt hatten . . . Wer nur auch so aus der Welt gehen könnte! . . .

Endlich ermannte er sich. Er wollte zunächst noch die elektrische Klingel montieren, bevor Rouff käme, der ihm raten würde.

Wilhelm holte die elektrische Batterie und sein Werkzeug. Er hatte gerade im Hausflur die Leiter angelegt, als er im Garten schwere Tritte hörte. Als er hinauskam, nachzusehen, was es gäbe, war er nicht wenig überrascht, zwei Gendarmen zu sehen, die um das Haus herumgingen und mißtrauisch zum Dach hinaufsahen. Er hatte kaum die Türschwelle überschritten, als er die spitze Stimme seines Nachbars aufgeregt rufen hörte: „Da ist er!"

„Was ist denn los?" — fragte Wilhelm erstaunt. Statt aller Antwort kamen die beiden Gendarmen mit großen Schritten auf ihn zu, packten ihn rechts und links an den Armen und dann erst fragte der eine: „Sie heißen Picard?"

Wilhelm war starr vor Ueberraschung.

„Ja, ja," schrie Finder, der Nachbar, „das ist er schon!"

„Sie sind verhaftet."

„Verhaftet, ich? — Und warum denn?"

„Keinen Widerstand," schrie der eine Gendarm, ihm die Handschellen anlegend, „Sie sind eingefangen."

Aus den Nachbarhäusern kamen Neugierige und betrachteten Wilhelm mit feindseligen Blicken.

„Und jetzt werden wir haussuchen," sagte ein Gendarm, Wilhelm in die offene Tür stoßend. Durch den Lärm angelockt, kam ihnen Lisbeth im Hausflur entgegen. Sie schrie auf, als sie Wilhelm, die Hände auf dem Rücken gefesselt, zwischen zwei Gendarmen sah.

Wilhelm suchte sie zu beruhigen: „Es ist ein Irrtum, weiter nichts; in einer Stunde bin ich wieder frei."

„Ah, ein Irrtum," sagte der eine Gendarm, triumphierend auf die elektrische Batterie und die Drähte zeigend, „und das, was ist denn das?"

Wilhelm versuchte, zu erklären, doch der Gendarm schnitt ihm das Wort ab: „Und das auf dem Dache? Ein Blitzableiter nicht wahr? — Ich will Ihnen sagen, was es ist: Ein Apparat für drahtlose Telegraphie."

Wilhelm zuckte die Achseln.

Die beiden Gendarmen begannen nun alles zu durchsuchen. Rücksichtslos warfen sie Wäsche und Kleider aus den Schränken, kehrten die Betten um, während Lisbeth und die Kinder laut weinten und von draußen ein anschwellendes Gemurmel der Menge, durch Finders Erzählungen feindselig gestimmt, hereindrang. Bald herrschte in dem so peinlich geordneten Hauswesen ein trostloses Durcheinander. Die Gendarmen hatten aus Wilhelms kleiner Bibliothek alle deutschen Bücher beiseite gelegt. Sie schmunzelten triumphierend, als sie Wilhelms Briefschaften fanden, meist Briefe seines Bruders, die noch in den mit deutschen Briefmarken versehenen Umschlägen steckten. Das bildete zusammen mit der elektrischen Batterie und dem Werkzeug, dessen Wilhelm sich soeben bedient hatte, eine Masse, zu umfangreich, um sie unter den Armen zu tragen.

Die Gendarmen berieten sich mit leiser Stimme, was sie damit machen und ob sie Lisbeth und die Kinder auch abführen sollten. Unverständlich, doch immer lauter und drohender drang von draußen der Lärm der Menge herein. Wilhelm stand bleich vor Entrüstung, wortlos dem Jammer zusehend, während Lisbeth und die Kinder, denen die Gendarmen Schweigen geboten hatten, leise wimmerten.

Endlich faßten die Gendarmen einen Entschluß. Sie riefen Finder, der freudestrahlend hereinstürzte, und ersuchten ihn, einen Handkarren zu beschaffen. Der war bald gefunden. Finder half die vermuteten Beweisstücke verladen, wobei er nicht verfehlte, sie hoch in die Luft haltend, der heulenden Menge zu zeigen.

„Und nun vorwärts," sagte ein Gendarm; „Sie und die Kinder" — er wandte sich an Lisbeth — „kommen auch mit."

Wilhelm versuchte dagegen zu protestieren. Doch der Gendarm schnitt ihm das Wort ab: „Keine Widerrede! Wenn wir Ihre Frau mitführen, so, weil man ihr übel mitspielen könnte. Was Sie selbst betrifft — Ihre Rechnung ist gemacht."

„Schon recht," sagte Wilhelm mit Geringschätzung, „gehen wir; vor dem Untersuchungsrichter werden wir weiter reden."

„Was, Richter!" höhnte der Gendarm, während Finder grinsend zustimmte, „Leute Ihrer Art richtet man nicht, die füsiliert man ohne weiteres."

Ein furchtbares Geschrei, das selbst die beiden Gendarmen erbeben machte, erhob sich, als Wilhelm, in Hemdsärmeln, die Haare in Unordnung, die Hände auf dem Rücken gefesselt, bleich, mit fieberglänzenden Augen, in der Türeinrahmung erschien, hinter ihm ein Gendarm. Hinter dem Gendarmen kam die schwangere Lisbeth im Schlafrock, in dessen Schößen sich die Kinder verkrochen, der zweite Gendarm schloß den Zug.

„Schlagt ihn tot, den Spion! Schlagt ihn tot! Schießt ihn nieder, den Hund! Schlagt ihn tot, den Deutschen!" Mit diesen Rufen wurde Wilhelm empfangen.

In Wirklichkeit sah und hörte Wilhelm nicht viel. Er ging wie in einem lichten, kreisenden Nebel, während es in seinen Ohren wie das Branden einer tosenden See klang.

(Fortsetzung folgt.)

treten des Sozialismus, mit den Unabhängigen, sträubten sie sich, waren aber bereit, mit den Bürgerlichen wieder zu paktieren.

In jedem dieser Sätze ist sachlich das Gegenteil der Wahrheit behauptet. Unsre Braunschweiger Genossen haben den Unabhängigen angeboten, allein die Regierungsbildung zu versuchen. Dagegen haben sich die Unabhängigen mit Händen und Füßen gewehrt. Sie haben ihre ganzen „Grundsätze" preisgegeben, um die Mitarbeit unsrer Genossen zu erlaufen. Unsre Genossen sind nicht um ein Haar von ihrer demokratischen Ueberzeugung abgewichen. Für die Festigkeit der Unabhängigen sind die Vorgänge in Braunschweig mehr als „bezeichnend".

Die Sozialdemokraten in Braunschweig haben vom ersten Tage an keinen Zweifel daran gelassen, daß sie in eine Koalition mit den Rechtsparteien nie eintreten werden. Das weiß man in der Domstraße so gut wie wir. Leute, die im gewöhnlichen Leben bewußt die Unwahrheit sagen, werden wegen Verleumdung mit Gefängnis bestraft. Im politischen Leben überläßt man sie dem öffentlichen Urteil. In Thüringen und Mecklenburg ist dieses Urteil bereits gefällt. —

Der Arbeitsmarkt in Magdeburg im Mai 1920.

Der Monat Mai stand unter dem Zeichen stärkster wirtschaftlicher Depression. Die erwartete Erscheinung, daß das Steigen der Mark schwerste wirtschaftliche Schädigungen nach sich zieht, ist eingetreten. So zeigt die Beobachtung des Arbeitsmarktes in Verbindung mit der Entwicklung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse daß wir inmitten einer Wirtschafskrise stehen, deren Auswirkungen sich in Massenentlassungen von Arbeitern, in der täglich schwieriger werdenden Möglichkeit, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, zeigen. Stockungen im Warenabsatz verbunden mit Materialmangel, läßt die Möglichkeit zur Unterbringung der Erwerbslosen immer schwieriger erscheinen. Die Zahl der Erwerbslosen stieg sprunghaft, ohne daß die Möglichkeit bestand, irgendwo einen Ausgleich herbeizuführen. Betriebseinschränkungen und Arbeitsentlassungen riefen eine große Beunruhigung in der Arbeiterschaft hervor. Fast aus allen Kundgebungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern spricht jetzt die Erkenntnis, daß mit weitern Lohnerhöhungen allein eine dauernde und wirksame Abhilfe nicht zu erreichen sei, sondern daß diese nur erzielt werden könnte durch sofortigen und scharfen Abbau der Preise. Es wird daran gedacht aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosen-Fürsorge, die besonders in der Schuhwaren-Industrie völlig darniederliegende Produktion zu haben. Die Preise für die Schuhwaren, die auf diesem Wege hergestellt werden, sollen sich in einer Höhe halten, die sie auch für die minderbemittelte Bevölkerung erträglich erscheinen läßt. Der einzige Weg, der augenblicklichen Krisis auf dem Wirtschaftsmarkt rasch und wirksam zu begegnen, liegt in der sofortigen großzügigen Aufnahme von Notstandsarbeiten. Die Entscheidung über die endgültige Reglung der Mittelland-Kanalfrage wird hoffentlich einer großen Anzahl Erwerbsloser zum Nutzen der Allgemeinheit produktive Arbeit verschaffen können.

Die Zahl der männlichen Stellungsuchenden betrug im Mai 1920: 9539 (Mai 1919: 8800), von denen 6719 (Mai 1919: 5497) vermittelt wurden. Das Stellenangebot weist einen Rückgang von 1000 gegen den Vormonat auf. Die Zahl der weiblichen Stellungsuchenden betrug im April 1920: 4377 und zeigte im Mai 1920 einen Rückgang auf 4072. Vermittelt wurden 1911 (Mai 1919: 2335). — Täglich melden sich durchschnittlich 3100 Arbeitsuchende in den Vermittlungsstellen. Erwerbslosen-Unterstützung bezogen 1800 Personen. Im einzelnen verteilen sich die Stellungslosen auf folgende Berufe:

1. Männliche Abteilung. Fabrikarbeiter und Ungelernte 550, Metallarbeiter 225, kaufmännische und Bureauangestellte 150, Kriegsbeschädigte 90, Gastwirtsgehilfen 140, Transportarbeiter 100, Buchdrucker 75.

2. Weibliche Abteilung. Fabrikarbeiterinnen und Ungelernte 750, kaufmännische und Bureauangestellte 115, Näherinnen 70.

An Kurzlohn wurden im Monat Mai 1920 im ganzen an 890 Unterstützungsempfänger die Summe von 15 840,07 Mark ausgezahlt, an Erwerbslosenunterstützung im Mai 393 674,31 Mark, im ganzen seit Beginn der Demobilmachung 5 544 006,86 Mark.

— **Sozialdemokratischer Verein.** In der Bezirksversammlung für Neue Neustadt sprach am Mittwoch Stadtverordneter Genosse Henneberg über die Lehren der Reichstagswahl. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine rege Debatte an, in der alle Redner darin übereinstimmten, daß die deutsche Arbeiterschaft es den Unabhängigen zu danken habe, wenn demnächst die Reaktion triumphieren sollte. Unter Geschäftlichem wurde betont, daß es im Hinblick auf die erheblichen Opfer, die der Wahlkampf gekostet, und die schlechte Lage, in der sich infolge der ungeheuer gesteigerten Preise die Presse befind, Pflicht der organisierten Genossinnen und Genossen sei, die vom Parteivorstand beschlossenen vier Presse- und acht Wahlfondsmarken zu opfern. Infolge der verfahrenen politischen Situation müsse jetzt bereits auf einen baldigen Wahlkampf gerüstet werden. In der Versammlung kam überall zum Ausdruck, daß die „Besiegten" auf dem Vormarsch, die „Sieger" in der Verteidigung seien. —

Bezirk Nord. In der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung sprach Genosse Fahrig über „Die Lehren der letzten Reichstagswahl". Ausgehend von der Ursache und den Folgen des Weltkriegs führte der Redner überzeugend vor Augen, wie unsre Partei, durch die Mitarbeit in der Regierung Deutschland vor dem Chaos bewahrt, die Errungenschaften der Revolution erhalten und in der Verfassung verankert habe. In diesem Zusammenhang behandelte der Vortragende auch die neuen Steuergesetze, die zur Gesundung unsers Wirtschaftslebens beitragen. Die Unabhängigen lehnten es jetzt wieder kurzweg ab, mit uns eine Linksregierung zu bilden; sie stellen das Parteiinteresse über das Allgemeininteresse. In eine Regierung, an der die Deutsche Volkspartei teilnehme, könnten wir aber nicht eintreten. Durch unermüdliche Aufklärung der Hand- und Kopfarbeiter müssen wir erreichen, daß unsre Organisation und Presse gestärkt werde, um bei den bald zu erwartenden Neuwahlen dem Sozialismus durch die Demokratie zum Siege zu verhelfen.

In der sehr regen Aussprache wurde betont, daß die Reaktion entschlossen sei die Arbeiterschaft zu zerstampfen selbst auf die Gefahr hin, daß ganz Deutschland zusammenbreche. Das möge die Arbeiterschaft bedenken und die Lehren daraus ziehen. Die hiesige bürgerliche Presse, besonders die „Tages-Zeitung", lieferten ihre Blätter monatelang selbst an unsre Genossen umsonst, um Leser einzufangen. Unter Vereinsangelegenheiten machte Genosse Schulze u. a. auf die Zirkusversammlung am nächsten Sonntag aufmerksam. —

Hopfengarten-Reform. In einer für unsern kleinen Bezirk sehr gut besuchten Versammlung referierte Genosse Müller über die Lehren der Reichstagswahl. Die jetzige Krise in Deutschland zeige, welche Bedeutung die Sozialdemokratie für die deutsche Politik habe. Ohne Sozialdemokratie keine Verwaltung Deutschlands, keine Lebensmöglichkeit des Volkes. Der Redner schilderte dann, welch große Schuld die Unabhängigen auf sich geladen haben durch ihre Politik des passiven Beiseitestehens. Er beschäftigte sich des fernern mit den sachlichen Gegensätzen zwischen U. S. P. und Sozialdemokratie. In der Diskussion wünschte ein Redner, daß in der Kritik der Unabhängigen etwas milder verfahren werde, andre Redner erklärten es dagegen für eine Notwendigkeit, daß der Kampf zwischen Sozialdemokratie und U. S. P. ausgefochten werde, und zwar in sachlicher Schärfe. Erst wenn die geistige Verwirrung überwunden sei, die die unabhängige Agitation angerichtet habe, sei an eine Einheitsfront der Arbeiterklasse zu denken. Es wurden dann noch einige Mitteilungen in Vereinsangelegenheiten gemacht. —

— **Lohnzahlung und Steuerabzug.** Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Wer Gehalte und Löhne, die am 25. Juni oder später fällig werden, vor dem 25. Juni ohne Lohnabzug auszahlt, handelt nach § 5 Abgabenordnung unzulässig. Jeder Vorstand, der trotzdem auszahlt, macht sich haftbar und strafbar. —

— **Arbeitslöhne für Maßanzüge.** Vom Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband wird uns geschrieben: In letzter Zeit warnen die Arbeitgeber im Schneidergewerbe das Publikum vor Ankauf von Stoffen von Nichtfachleuten, sogenannten wilden Händlern, und weisen dabei auch auf die hohen Arbeitslöhne hin. Bei den Verhandlungen im April boten die Arbeitgeber ab 1. Mai 4.20 Mark Stundenlohn. Dieses Angebot wurde von unsern Mitgliedern abgelehnt. Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses wurden die Stundenlöhne ab 1. Mai auf 4.30 Mark, ab 1. Juni auf 4.50 Mark festgesetzt. Hiernach beträgt der Arbeitslohn bei 4,20 Mark Stundenlohn für einen Sakkoanzug einschließlich 10 Stunden Extraarbeiten in der 1. Klasse 233 Mark, in der 2. Klasse 225 Mark, in der 3. Klasse einschließlich 6 Stunden Extraarbeiten 188 Mark. Den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses hat der Arbeitgeberverband abgelehnt. Nach dem Schiedsspruch würde der Anzug 14 bis 17 Mark Arbeitslohn mehr kosten. Dies wollen die Arbeitgeber bei den heutigen hohen Preisen für Herrenkleidung nicht zahlen können. Wir glauben hierdurch den Beweis erbracht zu haben, daß nicht die hohen Arbeitslöhne, die für die Arbeiter zum Lebensunterhalt nicht ausreichend sind, sondern die Materialpreise, Geschäftsunkosten und vor allen Dingen die hohen Profite der Unternehmer schuld sind an den heutigen hohen Preisen. Den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses für rechtsverbindlich zu erklären, ist beim Demobilmachungskommissar beantragt worden, leider ist der Spruch bis heute noch nicht für rechtsverbindlich erklärt; somit müssen sich unsre Mitglieder mit den niedrigen Stundenlöhnen von 4,20 Mark begnügen. —

Bezirksversammlungen

finden statt:

Donnerstag, 24. Juni, abends 7½ Uhr

Bezirk Süd in der Viktoriaschule, Bismarckstraße 1a, Redner: Redakteur Müller.

Bezirk Sudenburg in den Sudenburger Festsälen „Eiskeller" Redner: Chefredakteur Bader.

Freitag, 25. Juni, abends 7½ Uhr

Bezirk Buckau in der „Thalia". Redner: Landtagsabg. R. Nitsch.

Bezirk Dessauer, Zerbster, Königsborner Straße in Grafemanns Garten, Redner: Stadtv. Henneberg.

Bezirk Cracau-Prester abends 8 Uhr, im „Elbgarten". Redner: Redakteur Müller.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Die Lehren der letzten Reichstagswahl.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

— **Einigung zwischen Aerzten und Krankenkassen.** Die am 21. Juni im Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Streitigkeiten der Kassenärzte mit den Krankenkassen stattgefundenen Verhandlungen haben zu einer völligen Uebereinstimmung geführt. Die beiderseitigen Organisationen werden die nötigen Weisungen ergehen lassen, wann der vertragslose Zustand aufzuheben ist. —

— **Die Friedensgesellschaft** beschäftigte sich am Dienstag abend im „Artushof" mit dem Problem des Völkerbundes. Graf Harri Keßler sprach über „Die Arbeiter und der Völkerbund". Den von der Entente eingesetzten Völkerbund bezeichnete er als Schutzwache und Gewaltinstrument gegen Deutschland. Die Wiedergutmachungskommission sind seine Organe. Der einseitige Gewaltcharakter des jetzigen Völkerbundes in den Händen kapitalistischer und militaristischer Regierungen der Ententemächte ist eine ungeheure Gefahr für den Sozialismus. Der Völkerbund in der heutigen Form ist die gefährlichste Waffe gegen die Arbeiterschaft. Der wahre Völkerbund darf kein Instrument der Kapitalisten sein, er gehört in die Hände der Arbeiter. Ein Völkerbund, wie ihn die Friedensfreunde wollen, muß die Arbeit in der Welt schützen und deshalb muß die werktätige Bevölkerung Trägerin des Völkerbundes sein. Die Forderung muß sein: Der Arbeiter, der bisher nichts war, muß in Zukunft alles bedeuten. Die unglückliche Verquickung von Politik und Wirtschaft in den Staaten der Welt muß beseitigt werden, um die materielle und ideelle Freiheit und Würde der Menschen gegen den Krieg zu schützen. Die Produktionsmittel dürfen nicht in den Händen der Kapitalisten belassen werden, sie gehören der Allgemeinheit. Die großen Produktionszweige der Welt müssen im Interesse der Menschheit demokratisiert, sozialisiert und zusammengeschlossen werden und unter die Aufsicht des Völkerbundes kommen. Der allmächtige Staatsbegriff muß verschwinden. Eine Wirtschaftszentrale der Weltproduktion und des Weltbedarfs muß erstehen, in die kein Staat eingreifen kann. Der Weg zum neuen Völkerbund ist die Entwicklung zum Sozialismus. Nur durch den Sozialsmus ist ein Fortschritt in der Welt möglich. —

— **Geschäftsabschluß der Straßenbahn.** Die Generalversammlung der Magdeburger Straßeneisenbahn-Gesellschaft genehmigte den mit der Stadt Magdeburg abgeschlossenen Vergleich, der der Gesellschaft die Tarifffreiheit zugesteht, eine feste Abgabe von 5 Prozent der Bruttoeinnahmen an die Stadt vorsieht, und dem Unternehmen aus dem Gewinn eine Dividende von 6½ Prozent zusichert; der dann noch verbleibende Gewinn ist zwischen Stadt und Gesellschaft je zur Hälfte zu verteilen. Ferner wurde der Erhöhung des Aktienkapitals von 6 Millionen auf 9 Millionen Mark zugestimmt. Von den 3 Millionen Mark neuen Aktien werden der Stadt Magdeburg, in Gemäßheit des mit derselben geschlossenen Vergleichs, 2 Millionen Mark überlassen, die sie mit 130 Prozent bezahlt. Die restlichen 1 Million Aktien werden vom Bankhaus F. A. Neubauer (Magdeburg) fest übernommen zum Kurse von 107 Prozent, mit der Maßgabe, daß das Bankhaus verpflichtet ist, dieselben den alten Aktionären zum gleichen Kurse von 107 Prozent zuzüglich des Aktienstempels mit einer Frist von 2 Wochen anzubieten, dergestalt, daß auf je 6000 Mark alte Aktien 1000 Mark neue Aktien zu 107 Prozent entfallen. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar 1921 an am Gewinn teil; bis dahin erhalten sie 6 Prozent Zinsen aufs Jahr vom eingezahlten Betrag des Nennwertes. Im übrigen sind die neuen Aktien den alten Aktien gleichberechtigt. Der Antrag der Verwaltung auf anderweite Festsetzung der Entschädigung und Tantièmen der Aufsichtsratsmitglieder wurde angenommen. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder wurde von 6 auf 8 erhöht, Baurat Menckhoff (Berlin) und Rechtsanwalt und Stadtrat a. D. Mattes (Stuttgart) wurden wieder-, Stadtrat Prof. Dr. Otto Landsberg und Stadtrat Wilhelm Haupt, beide in Magdeburg, neugewählt. Damit hat die Stadt Vertretung im Aufsichtsrat bekommen. Die Rechnungsvorlagen der Verwaltung wurden genehmigt und die Dividende für 1919 auf 4 (7) Prozent festgesetzt. —

— **Viel verlangt.** Ein Leser schreibt uns: Unser Hauswirt, welcher vor dem Kriege das Haus sehr preiswert gekauft hat, machte jetzt seinen 16 Mietern eine große Freude. Das Dach des Hauses wurde getheert und die Kosten dafür sollten die Mieter anteilig bezahlen. Natürlich weigerten sich alle Mieter, die Folge war die sofortige Kündigung der Mietverträge durch den Wirt. Die Mieter müssen also das Mieteinigungsamt anrufen, um die Kündigung unwirksam machen zu lassen. Mit demselben Rechte könnte ja sonst der Wirt ohne Rücksicht auf die bisherigen Ueberschüsse des Hauses plötzlich in diesem Jahre Treppen, Ausgänge, Wände, Fenster reparieren bzw. streichen lassen, und die Mieter müßten dieses neben der Miete bleichen. Etwas sehr viel verlangt. —

— **Die Wohnungsnot in Thüringen.** Nach einer vom sachsen-weimarischen Staatsministerium aufgestellten Statistik fehlen in Sachsen-Weimar-Eisenach 3500 und in ganz Thüringen 14 000 Wohnungen. Die Baukosten für die erforderlichen Neubauten würden sich für Sachsen-Weimar auf 70 Millionen Mark und für Thüringen auf 280 Millionen Mark stellen. Die mit vierzehn Prozent vorgeschlagene Mietsteuer würde für Sachsen-Weimar 25 Millionen Mark und für Thüringen 100 Millionen Mark ergeben. Daraus ist zu ersehen, daß ohne die Aufnahme einer Anleihe die Wohnungsnot nicht beseitigt werden kann. —

— **Wuchergerichte gegen die Obstverteurer.** Mit Rücksicht auf die hohen Preise für Obst erlassen in Köln der Oberbürgermeister und die Staatsanwaltschaft einen öffentlichen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Erzeuger und Händler, die zu hohe Preise verlangen, sich der Preistreiberei schuldig machen und sich außerdem der Gefahr sofortiger Festnahme und Vorführung vor das Wuchergericht sowie Beschlagnahme ihrer Waren aussetzen. In der Warnung heißt es, daß sich weiter Volkskreisen ein Entrüstungssturm bemächtigt habe über die ungeheuern Preise, zumal da gerade in diesem Jahre die Obsternte außerordentlich gut ausgefallen sei.

— **Der Oberbürgermeister von Halle.** Bürgerliche Blätter zeigen sich erstaunt darüber, daß der Hallische Oberbürgermeister Rive, der seit den Kapptagen infolge der Angriffe der Linksparteien nicht mehr amtiert hat, „trotz des Beschlusses der sozialistischen Stadtverordnetenmehrheit vom Montag, welcher eine Rückkehr Rives nicht wünscht", vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen aufgefordert wurde, sofort sein Amt wieder aufzunehmen, da die Untersuchung gegen ihn keinerlei Schuldbeweise erbracht habe.

Unser Hallisches Parteiorgan schreibt hierzu:

Oberbürgermeister Rive hatte das Disziplinarverfahren selbst gegen sich angestrengt. Das Verfahren ist „wegen Mangels an Beweisen" eingestellt worden. Die Mehrheit der Stadtverordneten beschloß trotzdem in einer am Montag gefaßten Entschließung, erneut das Disziplinarverfahren gegen Dr. Rive und die übrigen in Frage kommenden städtischen Beamten zu beantragen. Trotz der Entschließung, trotz des berechtigten Mißtrauens des größten Teiles der Stadtverordneten wie der Hallischen Bevölkerung soll also der Oberbürgermeister wieder auf seinen alten Posten zurückkehren. Wir können uns nicht vorstellen, in welcher Weise künftig das Zusammenarbeiten im Stadtparlament vor sich gehen soll, wenn das Oberhaupt der Stadtverwaltung auf solchen Widerstand stößt. Dem Oberpräsidenten Hörsing wird allerdings für diese Wendung der Angelegenheit kein Vorwurf zu machen sein, da er nach dem eingestellten Verfahren des Bezirksausschusses rechtlich keine Handhabe hatte, die Wiederkehr des Oberbürgermeisters zu verhindern. Es wird sich aber zeigen, ob der Protest der Stadtverordnetenmehrheit stärker ist als das „Urteil" des Bezirksausschusses, zu dessen Beweisführung in der Hallischen Bevölkerung wenig Vertrauen besteht. —

— **Unfall.** Der Arbeiter Heinrich B., Weinberg 24 wohnhaft, wurde auf dem Fabrikgrundstück Königsborner Straße 17a von einer zurückschlagenden Kurbel in den Rücken getroffen, wodurch er von einem Krane herabstürzte. Mit schweren inneren Verletzungen wurde B. ins Krankenhaus Altstadt gebracht. —

— **Räuberei auf der Elbe.** Der Arbeiter Ernst Claus und der Schmied Karl Roßberg aus Magdeburg lernten im Januar d. J. in einer Gastwirtschaft auf dem Stadtmarsch einen Schiffer kennen, der ihnen erzählte, daß sein Kahn einen größeren Posten Schmalz geladen hätte. Am nächsten Tage erfuhren sie, daß der Kahn bereits nach Kalbe abgeschleppt worden sei. Sie fuhren nun am Abend nach Kalbe, wo der Kahn tatsächlich in der dortigen Schleuse vor Anker lag. In der Nacht statteten sie dem Fahrzeug einen Besuch ab, deckten die Decklage auf, und raubten aus dem Lagerraum 16 Fässer Schmalz. Die Beute verstauten sie in einem Kahn und fuhren noch in derselben Nacht stromabwärts nach Prester. Von hier wurden die Fässer durch ein Fuhrwerk des Handelsmanns Friedrich Schale in die Gastwirtschaft der Frau Lina Beyer auf dem Stadtmarsch gebracht, die bereits einen Teil des Schmalzes bei der Beschlagnahme verkauft hatte. Das vierblättrige Kleeblatt stand am Dienstag vor der Strafkammer des Landgerichts. Das Gericht verurteilte wegen schweren Diebstahls Claus zu 1 Jahr Gefängnis und Roßberg zu 1 Jahr Zuchthaus, wegen Hehlerei die Beyer und den Schale zu 2 Monaten Gefängnis. —

— **Der falsch beklebte Koffer.** Eine in der gegenwärtigen Reisezeit besonders interessante Entscheidung ist vom Reichsgericht gefällt worden. Ein Kaufmann K. hatte am 16. Juli 1917 auf dem Bahnhof in Hamburg einen Pappkarton und einen Musterkoffer zur Beförderung nach Berlin aufgegeben. Während der Karton rechtzeitig ankam, blieb der Koffer aus. Er war, wie sich später herausstellte, infolge falscher Beklebung nach der Station Neu-Küntendorf bei Angermünde geleitet worden. Der dortige Bahnhofsvorsteher unterließ es, der Vorschrift zuwider, den Koffer nach drei Tagen zu öffnen, um seinen Eigentümer festzustellen. Erst am 10. August erhielt K. sein Eigentum wieder. Er machte geltend, der Koffer habe seine einzige Musterkollektion enthalten; durch ihr Fehlen sei die Tätigkeit seines Reisenden während eines Monats behindert gewesen, wodurch ihm ein Gewinn von 15 000 Mark entgangen sei. Diesen Betrag verlangte er vom preußischen Eisenbahnfiskus ersetzt, da grobes Verschulden der Bahnbeamten vorliege. Während das Landgericht I in Berlin die Klage abwies, hat das Kammergericht umgekehrt entschieden und dem Grunde nach den beklagten Fiskus zum Schadenersatz verurteilt. Das Reichsgericht hat das Urteil mit der Begründung bestätigt, daß die falsche Beklebung eines Gepäckstücks und dessen dadurch erfolgte Fehlleitung ein von der Eisenbahn zu vertretendes grobes Verschulden ihrer Beamten darstellt, das die Bahn zum Ersatz des vollen dem Aufgeber des Gepäckstücks entstandenen Schadens, also auch des durch die verspätete Aushändigung entgangenen Gewinns, verpflichtet. —

× **Gestohlen** wurden aus einer Wohnung in der Schillerstraße folgende Silbersachen: Eßlöffel, teils mit der Aufschrift Lucke und teils mit Monogramm N. T., vergoldete Mokkalöffel, Teelöffel, teils mit ziseliertem Stiele, Bestecke, davon eins mit Blumen und Monogramm W. T. und M. B., zwei Armbänder, davon eins aus türkischen Münzen, ferner eine goldene Damenuhr mit Monogramm M. T. und langer goldener Kette, an der Schieber und Haken fehlen, ein Granatenarmband, eine goldene Brille, ein goldener Klemmer ohne Einfassung, ein schwarzes Opernglas, eine Tischdecke aus Tüll mit bunter Kante und Stickerei (Deutschlands heimkehrende Krieger) und ein Paar Herren-Lackschuhe mit Wildledereinsatz; aus einem Waschhaus in der Wagestraße eine silberne Herren-Zylinderuhr mit Kette, ein Paar Militärschnürschuhe; aus einem Schaufenster in der Jakobstraße nach Zertrümmerung der Scheibe eine größere Menge Schokoladentafeln, Kakao und Konfekt; aus einem Schanklokal an der Königsborner Straße 5 verschiedene Jackettanzüge, braun kariert, grau meliert, hellgau und schwarz; aus einer Werkstatt in der Schützenstraße ein Elektromotor; auf dem Wochenmarkt ein Pompadour enthaltend zwei Geldtäschen mit einem goldenen Klemmer; Fahrräder „Brennabor", nach oben gebogene Lenkstange, beschädigte Korkhandgriffe, ohne Marke mit gelben Felgen, nach oben gebogener Lenkstange mit schwarzen Handgriffen und mit schwarzen Felgen, tief nach unten gebogener Lenkstange mit roten Handgriffen. —

× **1000 Mark Belohnung.** Zu dem Polizeibericht unter obiger Ueberschrift ist noch zu bemerken, daß es sich bei dem Betrug nicht um einen Persianer-, sondern um einen Sealschal mit Mlageblümtem Seidenfutter handelt. Der betreffende junge Mann hat ein größeres Paket in braunem Papier, in dem sich auch der Schal befand, unter falschem Namen am Sonntag mittag ½8 Uhr in einer Wohnung Kaiserstraße, Nähe Moltkestraße, abgeholt und ist verschwunden. Personen, die den Betrüger mit dem Paket gesehen haben, wollen dies der Kriminalpolizei, Zimmer 65, melden. —

× **Pferdediebstahl.** Zwei 12jährige Stuten, schwarzbraun und braun, kupiert, beide am linken Oberschenkel Hufeisenbrand sind in der Nacht zum 21. d. M. in Genthin gestohlen worden. Für Herbeischaffung der Pferde ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Sachdienliche Angaben werden nach der Kriminalpolizei, Zimmer 66, erbeten. —

× **Wem gehört die Uhr?** Eine silberne Herren-Ankeruhr mit breitem Goldrand, der Nummer 1867777 und Monogramm E. R. auf der Außenseite des Deckels ist hier unter verdächtigen Umständen gekauft worden. Sie rührt anscheinend aus einem Diebstahl her, wurde deshalb beschlagnahmt und befindet sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 78, zur Ansicht. —

Magdeburger Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein.

Bezirk Wilhelmstadt. Freitag den 25. Juni, abends 7½ Uhr, Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensmänner im „Elektrischen Funken". [372

Arbeiter-Jugendbund Magdeburg.

Bezirksgruppe Altstadt: Am Donnerstag Abendspaziergang. Treffen ½8 Uhr an der Holzbrücke.

Bezirksgruppe Wilhelmstadt: Am Donnerstag abend von 8 bis 10 Uhr in der Wilhelmstädter 2. Bürger-Mädchenschule, Annastraße, Volksliederabend. Liederbücher mitbringen.

Theater, Konzerte 2c.

Besprechungen.

Viktoria-Theater. Das hübsche inhaltreiche Lustspiel „Renaissance" ging wieder über die Bretter. Bianka Eisholz stellte sich den Magdeburgern in der Rolle des „Vittorino" als Gast auf Anstellung vor. Ihr temperamentvolles, reizendes und natürliches Spiel gewann ihr schnell die Zuneigung der Besucher. Ihr starkes Können verdiente auch in vollem Maße den Beifall, der ihr gezollt wurde. Dieser galt aber auch den andern Künstlern. Friedrich Albert Gros gab den milden, gütigen alten Pater lebenswahr; Else Landory war als liebevolle Mutter und liebebedürftige Frau eine ebenbürtige Partnerin des kunstbegeisterten Silvio, den Paul Rudolf Schulze überzeugend darstellte. Der trockne Magister des Theo Leonhardt und die anmutige Coletta der Frieda Helm reihten sich würdig in die gute Darstellung ein. Lilli Meißner war ein rassiges Modell und Therese Kossegg eine würdige Beschließerin. Die Aufführung unter Leitung von Friedrich Albert Gros war vorzüglich. — P.

Konzerte. Das städtische Orchester gab gestern sein letztes Volkskonzert unter Kapellmeister Siegfried Blumanns Leitung. Das wieder recht volkstümlich gehaltene Programm hatte zwei Nummern von besondrer Bedeutung: Drei Werkchen für Streichorchester von Henry Purcell, die zum ersten Male gespielt wurden, und Fritz Theils „Sieg des Lebens". Theil ist uns im April mit „Kampf und Resignation" letztmalig entgegengetreten. Sein „Sieg des Lebens" ist auch schon gespielt worden und hat dem fleißigen jungen Dirigenten freundliche Anerkennung gebracht. So auch gestern wieder. Purcells „Allemande" ist ein deutscher Nationaltanz im Zweivierteltakt (Drehtanz). Er war von Kapellmeister Blumann, ebenso wie die Sarabande und das Cebell, gut ausgearbeitet und wurde sehr präzis vorgetragen. Vom übrigen Programm seien genannt Mozarts Ouvertüre zu „Figaros Hochzeit", die ebenso kristallhelle Freischütz-Ouvertüre Webers, die wagnerhafte Humperdinck-Musik und Delibes' Sylvia-Suite. Das ganze Programm wurde reich beklatscht. Blumanns Volkskonzerte erfreuten sich überhaupt einer gleichbleibenden Beliebtheit. Er besitzt unbestritten auch die glückliche Eigenheit, den Geschmack des Volkspublikums nach dem Maßstab von dessen Aufnahmefähigkeit zu treffen. — Das Philharmonische Orchester betätigt sich durch Konzerte in den größren Garten-Lokalen. Seine Programme sind durchweg populär gehalten. Die Besetzung entspricht dem Zwecke der Konzerte, durch anregende, flotte Musik den Erholung suchenden Publikum ein paar angenehme Stunden zu verschaffen. Kapellmeister Paul Arndt ist ein fleißiger Dirigent, der nicht nur versteht, ein passendes Programm aufzustellen, sondern der auch seine Orchestermitglieder zu tüchtiger gemeinsamer Arbeit anhält. Der gute Besuch dieser Konzerte beweist, wie das Publikum sie dankbar einschätzt. — G.

Mitteilungen der Direktionen.

Städtische Theater. Stadttheater. Heute Freitag, Anrecht aufgehoben, „Cavalleria rusticana"; hierauf „Bajazzo". Sonnabend, Sonntag und Montag bis einschließlich Mittwoch „Die Kaiserin". —

Wilhelm-Theater. Heute Freitag „Erdgeist". Sonnabend „Die Büchse der Pandora". Sonntag „Die drei Zwillinge". —

Viktoria-Theater. Heute Freitag „Charleys Tante". Sonnabend „Kindertragödie". Sonntag „Armut". —

Opfertage der Rückwandererhilfe am 26. und 27 Juni für die notleidenden, vertriebenen Auslandsdeutschen. —

Provinz und Umgegend.

Eine Friedenstat der Reichswehr.

Am 26. Mai wurde — wie wir meldeten — die Stadt Mansfeld von einem Unwetter heimgesucht, das einen Teil der Stadt unter Wasser setzte. Noch ehe mit der Beseitigung der dadurch entstandenen Schäden begonnen werden konnte, trat am nächsten Tag ein noch größerer Wassersturz ein. Die zu Tal fließenden Bäche schwollen zu reißenden Strömen an und wälzten alles, was ihnen in den Weg kam, mit sich fort. Brücken wurden niedergerissen, große Baumstämme zu Tal gerollt und ungeheure Verwüstungen an Häusern, Straßen usw. angerichtet. In wenigen Minuten stand der ganze tiefer gelegene Stadtteil bis zu den ersten Stockwerken unter Wasser. Nur mit Mühe konnten sich die Bewohner unter Zurücklassung aller Habe in die obern Stockwerke und auf Bäume retten. Nur schnelles und tatkräftiges Eingreifen einer disziplinierten, fest organisierten Truppe konnte helfen. Deshalb suchte der Landrat beim Oberpräsidenten um Entsendung einer Pionierkompanie nach. Die 2. Kompanie des Reichswehr-Pionier-Bataillons 4 traf darauf am 29. Mai, abends 6 Uhr, in der schwer heimgesuchten Stadt ein und löste die überanstrengten Feuerwehrleute und Bewohner ab. Die durch Geröll vollkommen gesperrten Brücken und Wasserläufe wurden freigemacht. Häuser wurden gestützt und die dem Einsturz nahen Gebäude nach Möglichkeit erhalten. Ueberall war das Innere der Häuser mit einer fast meterhohen Schlamm- und Geröllschicht bedeckt. In den oberhalb der Stadt gelegenen großen Gärten hatten sich ungeheure Wassermassen angestaut, so daß von dort aus alle tiefer gelegenen Keller der Häuser sich immer wieder mit Wasser füllten. Drei Tage und Nächte waren zwei elektrische Pumpen im Betrieb, um die Gärten wasserfrei zu bekommen. Darauf wurden die Keller leer gepumpt, Schlamm und Geröll aus den zum großen Teil eingestürzten Kellern entfernt und die Zufüllung der in den Straßen der Stadt aufgerissenen weiten Gräben sowie die Reinigung der Straßen überhaupt vom Militär vorgenommen.

Die Reichswehrtruppe hat sich durch diese Hilfstat die Zuneigung der ihr zum Teil bisher feindlich gegenüberstehenden Bevölkerung erworben. Auch die Behörden haben den Leistungen der Magdeburger Pioniere großes Lob gezollt. Das Vertrauen der Bevölkerung zur Reichswehr wird sich durch solche Hilfsbereitschaft und durch solche aufopfernden Taten für das Volkswohl wie in Mansfeld mit der Zeit sicher überall einstellen. —

Kreis Jerichow 1 und 2.

Burg, 23. Juni. (Arbeiter-Sportkartell.) In der Sitzung am Montag erfolgte die Aufnahme des Schwimmklubs Nixe. Es wurde beschlossen, bei Vereinsvergnügungen ein Eintrittsgeld von 2 Mark für die Person einschließlich Tanzgeld und Kartensteuer zu erheben. Ausgenommen sind Vergnügungen, bei denen durch außerordentliche Darbietungen hohe Kosten entstehen. In solchen Fällen bleibt es den Vereinen überlassen, das Eintrittsgeld nach ihrem Ermessen festzusetzen. Eine Aussprache über den Ortsausschuß für Jugendpflege zeitigte den Beschluß, daß die Vereine, die ihm beigetreten sind, vorläufig weiter darin bleiben sollen. Es wird aber an den Magistrat herangetreten werden, den jetzt bestehenden Ortsausschuß aufzulösen und dafür einen amtlichen Ausschuß, d. h. einen paritätisch zusammengesetzten, zu errichten, für den sich auch die Einrichtung eines besondern Dezernats notwendig machen wird. Die Versammlung nahm Kenntnis davon, daß der bürgerliche Fußballklub Preußen an die Schulen ein Schreiben gerichtet hat, in dem die Schulkinder zum Beitritt in diesen Verein aufgefordert werden. Ueber die Notwendigkeit der Gründung solcher Schülerriegen entspann sich eine lebhafte Debatte. Von allen Rednern wurde die Erwartung ausgesprochen, daß Arbeiter ihre Kinder nicht in bürgerliche Vereine eintreten lassen, sondern diese, wenn sie sich sportlich betätigen wollen, zu der Schülerabteilung der Vereinigten Turnerschaft oder in die Arbeiter-Fußballklubs senden werden. Festgestellt wurde mit Genugtuung ein kleiner Fortschritt in der Spiel- und Sportplatzfrage, der sich darin äußert, daß in aller Kürze wieder zwei Sportplätze spielfertig sein werden. Verschiedene Anregungen wurden von der Spiel- und Sportplatzkommission zur Kenntnis genommen, die sich für baldige Erfüllung der Wünsche einsetzen will. —

Burg, 24. Juni. (Ein größeres Schadenfeuer) brach am Dienstag, abends 8 Uhr, auf dem Grundstück der Handelsfrau Ungewitter, Blumenthaler Straße 21, aus. Beim Eintreffen der Feuerwehr stand der Dachstuhl in hellen Flammen und erst nach 2stündiger harter Arbeit konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Verbrannt sind Holz-, Stroh- und Heuvorräte und der gesamte Inhalt einer Stube eines auf dem Boden wohnenden jungen Mannes. — Gestohlen wurden aus dem Landratsamt zwei Schreibmaschinen und dem Landwirt Rummel, Kolonistestraße 88, aus einem verschlossenen Raume drei Fahrräder. —

Gerechtfertigt

steht die Sozialdemokratie. Jeder Tag nach der Reichstagswahl zeigt dem Volke, daß ohne Sozialdemokratie an ein Wiederaufrichten des deutschen Volkes nicht zu denken ist, daß das Wirken der Sozialdemokratischen Partei in der Nationalversammlung die in Deutschland einzig mögliche Politik war. Viele Tausende strömen in dieser Erkenntnis zur Sozialdemokratie.

Die Arbeit der Sozialdemokratie

muß jetzt sein, Aufklärung zu verbreiten über die politischen Notwendigkeiten der Gegenwart. Jeder Sozialdemokrat, jeder Volksgenosse muß mithelfen. Fördert die Parteipresse, seid

zu jeder Stunde

bemüht, das beste Mittel anzuwenden in der Aufklärungsarbeit, gebt die „Volksstimme" von Hand zu Hand, werbt

der „Volksstimme" neue Leser!

Magdeburgerforth, 23. Juni. (Die Heidelbeerernte) in den Forsten ist in diesem Jahre sehr ertragreich. Beerenscheine zum Sammeln der in der freien Natur wachsenden wohlschmeckenden Früchte sind nur an Kinder und alte Leute ausgegeben worden. Da diese bei der mühsamen Arbeit des Pflückens verhältnismäßig geringe Erträge mit nach Hause bringen, ist es nun vorgekommen, daß auch andre Personen mitgepflückt haben. Leider haben nun gegen diese unbefugten Sammler einige Forstbeamte ein rücksichtsloses Benehmen an den Tag gelegt. Sie sollen nach uns zugegangenen Meldungen diese Leute angehalten, ihnen die gesammelten Beeren weggenommen, auf die Erde geschüttet und dort zertreten haben. Diesem unverantwortlichen Treiben einiger rücksichtsloser Beamten, das im alten Obrigkeitsstaat, als die Forsten noch königlich waren, oft ausgeübt wurde, muß ein Ende gemacht werden. Vielleicht wäre daneben noch eine freigebigere Ausstellung von Erlaubnisscheinen angebracht. —

Kreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Drugberge, 24. Juni. (Sozialdemokratischer Verein.) Die Mitgliederversammlung war schwach besucht, die Interessenlosigkeit ist trotz der Nöte der Zeit unter den Arbeitern noch immer vorhanden. Das muß endlich anders werden. Es wurde beschlossen, an der Bannerweihe in Dreileben am 4. Juli teilzunehmen. Der Abmarsch, an dem sich hoffentlich recht viele beteiligen werden, erfolgt um ½12 Uhr von Kühnes Gastwirtschaft aus. —

Hundisburg, 24. Juni. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Die Lichtfrage soll von einer Kommission in Beratung genommen werden. Da der Besitzer der elektrischen Lichtzentrale verstorben ist, muß mit der Witwe ein neues Abkommen getroffen werden; es ist zu hoffen, daß sich diese äußerst wichtige Gemeindeangelegenheit zur Zufriedenheit regeln läßt. Die Nachprüfung der Steuerangelegenheit ist wegen Verdächtigungen über Ungerechtigkeiten in der Belastung einigen Gemeindemitgliedern übertragen. Die Grudekoksbelieferung soll die Kohlenkommission in Ordnung bringen, sie soll bei dem Lieferanten Busse in Neuhaldensleben vorstellig werden, der die Bezugsscheine nicht berücksichtigte. Daß die Besitzer sich einen Waggon geteilt hätten, ist ein Gerücht. Beweise für diese Behauptung konnten nicht erbracht werden. Auch die Lebensmittelbelieferung soll von einer Kommission geregelt werden. Auf diesen Gebieten hätte schon längst Abhilfe geschafft werden können. Der Gemeindevorsteher brachte dann eine Eingabe zur Verlesung, in der von 250 Gemeindemitgliedern die Entfernung des Gemeindeschreibers von seinem Posten wegen Unzuverlässigkeit verlangt wird. Diese Sache soll in neuer Sitzung beraten werden. Der Obstbehang soll öffentlich meistbietend verpachtet werden, die Hälfte soll der Gemeinde zur Verfügung bleiben. Der Gemeindevorsteher machte zum Schluß der Versammlung noch bekannt, daß er am 1. Juli sein Amt niederlegen will, um allem Aerger aus dem Wege zu gehen, den dies Amt mit sich bringt; denn er hätte es ja nicht nötig als großer Landwirt. Diese Begründung ist nicht stichhaltig, nachdem er sich erst auf sonderbare Weise für diesen Posten hat wählen lassen. —

Kreis Quedlinburg-Aschersleben-Kalbe.

Pömmelte, 24. Juni. (Bei Wilhelm war es doch besser,) da gab es zu essen und zu trinken. Die schönen Zeiten werden wohl nicht wiederkommen. Die Unabhängigen haben uns mächtig reingelegt. Wenn wir so lange warten sollen, bis wir eine rein sozialistische Regierung haben, da können wir verhungern. So hört man es jetzt von den unabhängigen Wählern. Die Massen haben vor der Wahl geglaubt, sie brauchen bloß einen unabhängigen Stimmzettel in die Urne zu stecken, dann könnten sie gleich mit dem nächsten D-Zug in das Land fahren, wo Milch und Honig fließt. Sie haben sich geirrt. Die Unabhängigen denken gar nicht daran, auch nur die geringste Gelegenheit wahrzunehmen, um dem Sozialismus näher zu kommen. Desto mehr aber reden sie davon. Bei den Wählern aber kommt die Enttäuschung. Die sozialdemokratischen Redner haben vorher den Wählern offen und ehrlich gesagt, daß der Weg zum Sozialismus noch weit und beschwerlich ist, daß man die kapitalistische Gesellschaft nicht mit einem Schlage in eine sozialistische verwandeln kann. Aber die Sozialdemokratie hat in praktischer Arbeit längst den Weg beschritten, der die Arbeiterschaft vorwärts bringen soll, während die Unabhängigen untätig am Wege stehen und mit dem Eintritt in eine Regierung so lange warten wollen, bis sie die Mehrheit haben. Wir glauben und hoffen, daß die Arbeiterschaft nicht so lange warten, sondern daß sie in unsern Reihen an ihrer Zukunft mitbaut und die Lauen und Unzufriedenen antreibt, die zu einem großen Teile schuld daran sind, daß es nicht schneller vorwärts geht. Hätten viele, anstatt in allerhand Klimbimvereinen die Zeit zu vertrödeln, schon längst die Sozialdemokratische Partei gestärkt, indem sie tatkräftige Mitglieder geworden wären, dann wäre es um die Arbeiterklasse besser bestellt. Es liegt also nicht an der Sozialdemokratischen Partei selbst oder an den Führern, die man der Bequemlichkeit wegen für alles verantwortlich macht, sondern an der Arbeiterschaft selbst. Die werktätige Bevölkerung ist die Volksmehrheit. Damit hat sie die Macht im demokratischen Staate. Bei der Wahl hat sie aber ihre Macht nicht benutzt. Viele Arbeiter und kleine Ackerbesitzer oder Handwerker und viele Frauen haben es nicht für nötig gehalten, sich an der Wahl zu beteiligen, andre wieder haben ihre Stimmen den Parteien gegeben, die noch immer den Krieg und die Hohenzollern verherrlichen und das jetzige Elend verschuldet haben. Werden diese Kreise der werktätigen Bevölkerung endlich einsehen, daß sie für die Sozialdemokratische Partei eintreten müssen, um praktisch mitzuarbeiten, daß es besser wird, als immer auf die Regierung oder die Arbeiterführer zu schimpfen und den schönen Versprechungen der Rechtsparteien oder Unabhängigen nachzulaufen? —

Schönebeck, 24. Juni. (Zeitungsbestellung erneuern.) In der Volksvereinsversammlung wurde schon vom Genossen Buß die Verteurung der Zeitungen am 1. Juli behandelt. Ganz treffend führte er dazu aus, daß die Zeitungen infolge der hohen Papierpreise sich kaum noch über Wasser halten können. An einigen Orten haben verschiedene Zeitungen ihr Erscheinen schon einstellen müssen. Alle Genossen ermahnte er, dafür zu sorgen, daß nicht nur keine Abbestellungen der „Volksstimme" stattfinden dürften, sondern daß noch Leser zum 1. Juli hinzugewonnen werden müssen. Er verwies auf den Großindustriellen Stinnes, der alle Zeitungen aufkaufe, um so die Macht in die Hände zu bekommen und durch die Presse die Bevölkerung in kapitalistischem Sinne zu bearbeiten. Dem muß die Arbeiterschaft einen Damm entgegensetzen und ein Gegengewicht schaffen, indem sie ihre Presse aufs eifrigste unterstützt und für deren weiteste Verbreitung sorgt. Jetzt muß das Abonnement der „Volksstimme" erneuert werden. Es darf nicht vorkommen, daß wegen des erhöhten Preises Abbestellungen erfolgen. Die „Volksstimme" ist ein Machtfaktor der Arbeiterklasse und muß daher erhalten bleiben. Die Pflicht jedes Lesers ist es, zum 1. Juli einen neuen Abonnenten der „Volksstimme" zuzuführen. — Eine Revision bei den Ziegenhaltern findet darauf hin statt, ob diese auch noch Milch von der Stadt beziehen. Wo dies der Fall ist, erfolgt ohne weiteres die Entziehung der Milchkarte. Wer also noch im Besitz von Milchkarten sich befindet, möge sie schnellstens im Rathaus, Zimmer 32, abgeben. Auch dürfte noch manchem unbekannt sein, daß derjenige, der mehr als zwei Milchziegen hat, für jede weitere Ziege, soweit sie Milch gibt, zwei Fettkarten abgeben muß. Bei Kuhhaltern gilt diese Bestimmung ebenfalls insofern, als derjenige, der Ziegen hält, Milch für seinen Haushalt (¼ Liter pro Person) nicht im Kuhkataster mit in Anrechnung bringen darf. —

Staßfurt, 23. Juni. (Eine alltägliche Geschichte.) Der Gastwirt Franz E. verkaufte an den Arbeiter Ferdinand H. ein Schwein für 800 Mark; dieser veräußerte es am nächsten Tage für 1100 Mark an den Bäckermeister Wilhelm E. Das Wuchergericht verurteilte H. zu 2 Wochen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, den ersten Verkäufer zu 300 Mark und den letzten Erwerber zu 200 Mark Geldstrafe. Als einzuziehenden Uebergewinn rechnete das Gericht 680 bzw. 980 Mark heraus, indem es als Höchstpreis für 1 Pfund Schweinefleisch 1,50 Mark annahm. Eine etwas weltfremde Berechnung, wenn man bedenkt, daß der amtliche Verkaufspreis auf Reichsfleischmarken bedeutend höher ist. —

Kreis Stendal-Osterburg.

Tangermünde, 24. Juni. (Verhaftet.) Einer der Leiter des Tangermünder Kommunistenputsches, der Arbeiter Hörstel, ist in Emden verhaftet worden. —

Kleine Chronik.

Gustav Adolf Uthmann gestorben. Genosse Gustav Adolf Uthmann, der Komponist zahlreicher Freiheitschöre und verdienstvollster Förderer der deutschen Arbeiter-Sängerbewegung ist Dienstag nachmittag 5 Uhr infolge Blutvergiftung und Lungenentzündung im Alter von 53 Jahren gestorben. Die singende Arbeiterschaft betrauert den Tod des Schöpfers ihrer besten Kampflieder. Unsre Partei verliert einen alten Kampfgenossen, das kämpfende Proletariat seinen begeisterten Sänger. Zirka 400 Kompositionen verdankt die Arbeitersängerbewegung ihrem Uthmann. Der Tendenzchor war die stärkste Seite des Komponisten. Hier verstand er es, seinem Freiheitssehnen Schwingen zu verleihen und die Arbeiterschaft zu heller Begeisterung hinzureißen. Die „Internationale" für Männerchor ist das unsterbliche Werk Uthmanns. Im Wahlrechtskampf im Jahre 1910 schleuderte er die wuchtigen Fanfaren des Freiheitschors „Das freie Wahlrecht" in die Arbeitermassen. Auch über die Grenzen Deutschlands hinaus werden die Uthmannschen Chöre von Arbeitersängern gesungen. In Zürich, Neuyork u. a. ist Uthmann kein Unbekannter. Die Arbeiterschaft wird sein Andenken ehren, seine Lieder werden in ihren Reihen fortleben, solange sie kämpfend zum Ziele schreitet. —

Das neue Berlin die größte Stadt der Welt. In dem ursprünglichen Gesetzentwurf für die Einheitsgemeinde Groß-Berlin war die Fläche der neuen Stadtgemeinde mit 756 Quadratkilometern angegeben. Nachdem die Preußische Landesversammlung sowohl im Osten wie im Westen die umfangreichen Dauerwälder des Zweckverbandes in das neue Berlin einbezogen hat, ist jetzt der Flächeninhalt der Einheitsgemeinde auf nicht weniger als 877,66 Quadratkilometer festgestellt worden. Mit dieser gewaltigen Größe steht die neue Reichshauptstadt an der Spitze aller Gemeinden der Erde. Zum Vergleich sei angeführt, daß Neuyork 840 Quadratkilometer umfaßt, und erst in weitem Abstand dahinter folgen Paris mit 480 Quadratkilometern, London mit 303 Quadratkilometern und Wien mit 275 Quadratkilometern. —

Eine moderne Fälscherwerkstatt. Im Herbst vorigen Jahres mietete der Photograph Paul Meißner von dem Illustrator Ackermann, der in Berlin in der Wilhelmstraße 28 eine Klischeefabrik betreibt, in der angeblichen Absicht, dort eine photographische Werkstatt zu errichten, mehrere Räume ab. Schon nach wenigen Tagen fiel Hausbewohnern das geheimnisvolle Treiben in den abvermieteten Räumen auf. Die auf dieses Treiben aufmerksam gemachte Polizei vermutete eine Falschgeldfabrik. Ein Kriminaloberwachtmeister spielte nun mehrere Tage den Zwangsmieter in der Ackermannschen Wohnung und beobachtete von dort aus durch ein Loch in der Wand das Treiben der beiden Verdächtigen. Diese hatten eine Türfüllung so vorsichtig herausgeschnitten, daß am Tage nichts davon zu sehen war, und kletterten dann allnächtlich in die A.schen Fabrikräume, wo sie die dort vorhandenen Chemikalien und eine zerlegbare Bostonpresse sowie auf hehlerischem Weg erworbenes echtes Papier zur Herstellung von Brotkarten verwendeten. Gleichzeitig wurden auch Zigarettensteuerbanderolen in größerm Umfang hergestellt. Der Beamte auf Horchposten wartete geduldig, bis die Angeklagten eine größere Anzahl Brotkarten hergestellt hatten, um sie dann erst zu verhaften. Das Urteil des Schwurgerichts lautete bei Zubilligung mildernder Umstände gegen Frey auf 1 Jahr 9 Monate und gegen Meißner auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von je 5 Monaten der Untersuchungshaft. —

Eine Falschmünzerbande ausgehoben. Die Kriminalpolizei in Düsseldorf hat eine der gefährlichsten Falschmünzerbanden, die seit etwa einem Jahr ihr Unwesen in der Umgegend von Köln trieb, ermittelt und festgenommen. Die Bande stellte 50-Mark-Darlehnskassenscheine der Ausgabe vom 5. August 1914 in großen Mengen her und ließ sie durch Helfershelfer besonders im Westen und Hamburg in den Verkehr bringen. Ein Beamter der Falschgeldstelle der Düsseldorfer Kriminalabteilung trat mit einem Mitglied der Bande vor einem Monat unter der Maske eine holländischen Händlers wegen Ankaufs von Falschscheinen und später wegen der Uebernahme der ganzen Maschinen und Falschmünzergeräte in Verbindung und kaufte schließlich für 40 000 Mark die ganze Einrichtung in Köln,

wobei er nach und nach die sämtlichen Mitglieder der Bande kennen lernte. Bei der Uebergabe wurde die ganze Gesellschaft verhaftet. Eine große Buchdruckpresse, eine kleine Tiegeldruckpresse mit 16 Klischees und 22 Nummerntypen sowie sonstige Materialien, die zur Herstellung der Falschscheine dienen, wurden beschlagnahmt. Die Fabrik befand sich in Köln-Merheim im Keller des Hauses eines Kaufmanns Jakob Sprengart. Die Fabrikation erfolgte bei Tag und Nacht, wobei die Mitglieder abwechselnd Wache standen und unter sich vereinbart hatten, auf dem freien Gelände jeden abzuschießen, der sich dem Hause in verdächtiger Weise näherte. —

Große Waldbrände in Skandinavien. Die schwedischen sowie die norwegischen Wälder werden zurzeit von gewaltigen Bränden heimgesucht, die durch Funken der Lokomotiven, die zum größten Teil mit Holz gefeuert werden, entstehen. In Schweden wüten die Brände besonders in Noorland; auch in Mittelschweden sind weite Gebiete zerstört. In Norwegen wütet ein großer Brand bei Rendal. Bisher sind, einer Drahtnachricht zufolge, 20 000 Quadratkilometer Waldbestand dem Feuer zum Opfer gefallen. —

Vereine und Versammlungen.

Bundestag der technischen Angestellten und Beamten.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hielt vom 13. bis 15. Juni in Berlin seinen ersten ordentlichen Bundestag ab. Anwesend waren 120 Delegierte aus allen Teilen des Reiches einschließlich der besetzten Gebiete.

Am Vorabend veranstaltete die Groß-Berliner Technikerschaft aus Anlaß des Bundestags eine große Kundgebung in den weiten Räumen der Berliner Bockbrauerei. Dr. Pfirmann sprach im großen Saal über das Thema „Der Techniker in Deutschlands neuer Wirtschaft" und führte aus, daß für das Problem der neuen Wirtschaft eine Grundbasis in Deutschland noch nicht gefunden sei. Wir müssen versuchen, in eine planmäßige Bedarfswirtschaft hineinzukommen. Die gesamten Techniker müßten mit voller Arbeitsfreudigkeit mithelfen am Wiederaufbau des zerrütteten deutschen Wirtschaftskörpers. In der sich anschließenden Aussprache unterstrichen Abgeordneter Eduard Bernstein, Dr. Georg Bernhard, und als dritter der preußische Finanzminister Lüdemann die Ausführungen. Im Garten hielt Oberingenieur Hartmann vom „Reichsbund deutscher Technik" einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag.

Am ersten Verbandstag erstattete Schweitzer (Berlin) den Geschäftsbericht, aus dem hervorgeht, daß der Bund jetzt etwa 110 000 Mitglieder umfaßt, die sich auf 750 Ortsverwaltungen verteilen. Die Finanzlage des Bundes müsse auf eine gesunde Grundlage gebracht werden. Der Redner geht dann auf die Haltung der Gewerkschaften nach dem Kapp-Putsch ein und betont, es sei das historische Verdienst der Gewerkschaften, die schwere Gefahr abgewendet zu haben, die dem deutschen Volke bei Verwirklichung der Putschpläne gedroht habe. Nach lebhafter Debatte werden mehrere Entschließungen angenommen. In der ersten wird dem Vorstand das Vertrauen ausgesprochen anläßlich seiner Maßnahmen während und nach dem Kapp-Putsch. Gegen die vorgenommenen Verhaftungen (mehrere Mitglieder sind sogar noch jetzt in Haft) führender Mitglieder im Ruhrrevier auf Wunsch der Zechenverwaltungen wird energisch protestiert. Eine dreigliedrige Kommission soll deswegen beim Justizminister vorstellig werden. Ferner soll nachgeprüft werden, ob ein weiteres Verbleiben der Afa in der Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen und industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zweckmäßig ist.

Der zweite Verhandlungstag wurde eingeleitet durch ein glänzendes, großzügig angelegtes Referat von Aufhäuser (Berlin) über „Die freie Angestellten- und Arbeiterbewegung." Der Redner führte unter anderm aus: Die Arbeiterbewegung hat viele Stadien durchgemacht, die der Angestelltenbewegung noch bevorstehen. Für die freie Angestelltenbewegung treffen, besonders in der Frage der Taktik, nicht immer die gleichen Bedingungen zu wie bei der Arbeiterbewegung, was leider oftmals von den Arbeitern nicht verstanden wird. Jedoch ringen wir uns mehr und mehr durch. Unser Ziel ist, gemeinsam mit dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Beamtenbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ein Arbeitnehmerkartell zu bilden, woran alle Macht der Gegner zerschellen muß. Bei voller Wahrung der Selbständigkeit müssen diese Organisationen der Arbeiter, Beamten und Angestellten in allen grundlegenden Fragen zusammengehen. Auch mit den Angestelltenorganisationen aller Länder müssen wir Fühlung nehmen. Es liegt dieses nicht nur im Interesse der gesamten Angestelltenbewegung, sondern auch besonders im Interesse des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft.

Ueber „Die nächsten Forderungen an die Gesetzgebung" sprach Händeler (Berlin) in ausführlicher Weise. In einer angenommenen Entschließung wird der Ausbau der Koalitionsfreiheit zu einem unbedingten Koalitionsrecht, einheitliches Arbeits- und Angestelltenrecht, die Schaffung von einheitlichen Arbeitsgerichten, Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherung usw. gefordert. Gegen den Regierungsentwurf einer neuen Schlichtungsordnung wendet sich eine einstimmig angenommene Entschließung. Auch gegen die jetzige „Technische Nothilfe" wendet sich der Bundestag. Die Entscheidung über Notstandsarbeiten müsse den Gewerkschaften überlassen bleiben. Lenz (Berlin) spricht über technische Schulfragen und verlangt dringend die Eingliederung des technischen Schulwesens in die Einheitsschule.

Eine Entschließung wendet sich gegen die Wohnungsnot. Am 1. Juli sollen in ganz Deutschland gemeinsam mit den Bauarbeitern aller Berufe Kundgebungen stattfinden zwecks Beschlußfassung über die notwendigen Schritte zur Beschaffung von Wohnungen unter Beteiligung der Kopf- und Handarbeiter. Der dritte Verhandlungstag wurde ausgefüllt durch die Beratungen über eingegangene Anträge, Satzungs-, Unterstützungs- und Beitragsänderungen sowie mit den Wahlen zum Bundesvorstand und Ausschuß. Die Verhandlungen haben die Technikerbewegung wieder ein gutes Stück vorwärtsgebracht und gezeigt, daß der Bund der technischen Angestellten und Beamten in der Arbeitnehmerbewegung ein gewaltiger Machtfaktor ist. —

Vereins-Kalender.

Bund freie Volkskirche. Freitag den 25. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung in der „Reichshalle", Kaiserstraße 18. [2081

Turnverein Fichte (V.-T.), Abt. Buckau. Sonnabend den 26. Juni, abends 7 Uhr, Versammlung in der „Thalia". [2078

Arbeiter-Samariter-Kolonne Magdeburg. Die Versammlung am Sonnabend fällt umständehalber aus. [2080

Bennecken beck. Freie Turner. Freitag den 25. Juni, pünktlich von 8 bis 9 Uhr, Turnstunde. Nachdem wichtige Versammlung. 2076

Wasserstände.

	Elbe.		Fall	Wuchs
Pardubitz	23. 6.	—	—	—
Brandeis	„	—	—	—
Melnik	„	—	—	—
Leitmeritz	„	—	—	—
Aussig	„	—	—	—
Dresden	24. 6.	— 1,46	—	0,02
Torgau	„	+ 0,44	0,02	—
Wittenberg	„	—	—	—
Roßlau	„	+ 0,79	—	0,01
Aken	23. 6.	+ 0,92	0,02	—
Barby	24. 6.	+ 0,84	0,01	—
Magdeburg	„	+ 0,76	—	0,01
Tangermünde	„	+ 1,31	0,05	—
Wittenberge	„	+ 1,18	0,06	—
Lenzen	23. 6.	—	—	—
Dömitz	„	—	—	—
Darchau	22. 6.	—	—	—
Boizenburg	23. 6.	—	—	—
Hohnstorf	24. 6.	+ 0,80	0,06	—

	Mulde.		Fall	Wuchs
Düben	24. 6.	—	—	—
Saale.				
Grochlitz	24. 6.	+ 0,68	—	—
Trotha	„	+ 1,4	—	—
Bernburg Ktp.	„	—	—	—
Kalbe Oberpegel	„	—	—	—
Kalbe Unterpegel	„	—	—	—
Gritzehne	„	—	—	—
Havel.				
Brandenburg Oberpegel	23. 6.	+ 2,00	—	—
Brandenburg Unterpegel	„	+ 0,84	—	0,18
Rathenow Oberpegel	„	—	—	—
Rathenow Unterpegel	„	—	—	—
Havelberg	„	—	—	—

Wettervorhersage.

Freitag den 25. Juni: Zeitweise aufklarend, vorwiegend trocken, mäßig warm.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Gib Deine Stimme für die Volksabstimmung dem Deutschen Schutzbund
Annahmestelle:
Volksstimme, Magdeburg, Große Münzstraße 3.

Einen großen Posten emaillierte Kochgeschirre gute Ware, noch preiswert in großer Auswahl empfiehlt
Otto Janoschek, Große Junkerstraße 6a, gegenüber dem Artushof. 1322

Ansichtspostkarten empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme

Wir geben hiermit bekannt, daß wir unter 1519
Nummer 3418
an das hiesige Fernsprechnetz angeschlossen sind.
Deutsche Kuhlist-Isolier-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
Fabrik zur Herstellung von Isoliermaterialien für Wärme- und Kälteschutz. — Ausführung betriebsfertiger Isolationsmontagen.
Fabrik, Lager u. Bureau: Breiteweg 193/94

Schuhmacher-Bedarfsartikel!
Teile den geehrten Einwohnern der Alten Neustadt mit, daß ich im Hause
Sieverstorstraße 21
einen Verkauf von Sohlleder-Ausschnitt sowie sämtlichen Schuhmacher-Bedarfsartikeln eingeführt habe und bitte mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Sogleich bringe ich meine Reparatur-Werkstatt in empfehlende Erinnerung.
2510 Hochachtungsvoll Alfred Jacob.

Billig! Billig!
Weiße Damen- und Kinder-Stiefel
mit Ledersohle Paar 35 Mark 2517
K. Heine Venedische Straße und Große Mühlenstraße.

Kiefern
Meiler-Holzkohlen
für Klempnereien usw. eingetroffen
Scharrer & Knüppel
Kohlenhandlung
Kontor: Kaiserstr. 6, Ecke Albrechtstr.
Lager: Buckau, Pfarrstraße
Telephon 884 und 655. 1327

Ganz außergewöhnlich billige Preise für Schuhwaren
128
Der Konjunktur entsprechend sind die Preise sämtlicher Schuhwaren ganz gewaltig herabgesetzt, zum Teil unter Einkaufspreis
Es bietet sich jedem eine selten günstige Kaufgelegenheit dadurch.

Damen-Stiefel mit u. ohne Lackkappe Mk. 135.00 bis 175.00.
Damen-Stiefel echt Chevreau, Derby mit Lackkappe, mit hohem und engl. Absatz . . . Mk. 198.00
Hochschaft-Damen-Stiefel 23 cm hoch, mit gelochtem Besatz Mk. 175.00
Damen-Stiefel schwarz Chevreau, mit Lackbesatz . . . . . Mk. 195.00
Damen-Stiefel braun und schwarz, Chevreau, mit Lackbesatz und Lackblatt . . Mk. 225.00 bis 250.00
Satin-Pumps elegante Form Mk. 39.00
Damen-Halbschuhe schwarz, mit und ohne Lackkappe . . . Mk. 128.00 138.00 148.00
Damen-Spangenschuhe elegante Façon . . . . . Mk. 135.00
Lack-Spangen- u. elegante farbige Schnürschuhe mit und ohne Lackblatt . . Mk. 198.00
Damen-Hochschaftstiefel ia. braun Chevreau, beste Ausführung Mk. 275.00
Burschen-Stiefel i. gut. Ledersorten Mk. 115.00 bis 155.00
Herren-Stiefel sehr kräftig . Mk. 145.00
Herren-Stiefel Ia. Roß-Chevreau Mk. 175.00
Herren-Stiefel echt Boxcalf und Chevreau — beste Ausführung . . . . . Mk. 195.00
Kinder-Stiefel in besten Qualitäten — gewaltig im Preise ermäßigt.
Adolph Michaelis
Ratswagenplatz 1/2

Wer streichen will
kauft alle Lacke, Farben, Pinsel etc. immer noch preiswert und gut bei 1323
Erwin Prange Erstes Spezialgeschäft für alle Lacke, Farben, Lacke.
Magdeburg, Berliner Straße 29, Eckladen. — Fernspr. 7602.

Motten-
1040 Pulver in Spritzdose zum Einmotten u. Beseitigen der Schädlinge
— 3 Mk. —
Hof-Apotheke, Breiteweg Nr. 158.

Homöop. Praxis 2137
nach Dr. Wilh. Schwabe.
Innere und äußere Krankheiten.
Gewissenhafte Behandlung.
A. Altmann jun., Oranienstraße 4, Ecke Bahnhofstr., 3 Min. vom Hauptbhf. Sprst. 8-1, 3-5. Stg. 9-1.

1494 Wenig getragene und neue Jackett-Anzüge sehr billig bei
Max Eckstein
Königshofstraße 5.

Billige Stoffe!
E. Rudolf Faß, Bismarckst. 48

Kücheneinrichtungen 1400
v. 600 b. 4000 Mk., Schlafzimmer v. 4500 Mk. an, echt nußb. Wohnzimmer, Schreibtische, Sessel, Plüschsofas, Chaiselongues preiswert
Fey, Schöninger Str. 28

Gut erhaltene Möbel
Sofa, Kommode, Schreibtisch m. Aufs., Nähtisch, Bettstellen mit Matratzen u. Spiegel verk. Erfurt, Weinberg 23. [2505

Kastenkinderwagen, gut erh., bill. zu verk. Frau Güderjan, Sedanring 25, Kolonie 19. [2514

1 Federbett zu verk. Gravenhorst, Leipziger Str. 32, St. pt.

Metallbetten 1400
Stahldrahtmatratz., Kinderbetten, Polster an jederm. Kat. frei. Eisenmöb.-Fabrik Suhl i. Thür.

Graue Sommerang., kl. Flg., pr. Friedensw., wie neu, verk. Krüger, Goethestr. 42, Gartenh.

Klappwagen verk. Trenkler, Kutscherstraße 12. 2511

Uhren
werden sauber und preiswert repariert. 1324
Otto Müller, Uhrmacher, Alte Neustadt, Weinberg 48.

Uhren repariert unter Garantie [2463
O. Lehmann, Beaumontst. 11.

50% Leder billiger!
Herren-Sohlen . 35.00 Mk.
„ -Absätze . 7.50 „
Damen-Sohlen . 25.00 „
„ -Absätze . 4.00 „
Für Kinder je nach Größe.
Zabels Besohlanstalt, Olvenstedter Str. 36.

Araba-Honig-Fliegenfänger
100 Stück Mk. 38.00 hat laufend abzugeben
Wilhelm Hollmann 1344
Bahnhofstr. 14 Tel. 4049

Tuch-Handlung Mannheimer
Breiteweg 120, I
Ecke Braunehirschstr.
Anzug nach Mass 925 Mark
Sitz garantiert.
Beste Maßverarbeitung
Keine Konfektion.
Auch zugebrachte Stoffe werden verarbeitet.
Meterweiser Stoff-Verkauf.

Perladin 7317
die Perle der Schuhputzmittel.
Kurt de la Porte
Kontor und Lager
Berliner Str. 27. Tel. 5356.

Schreibmaschinen-Reparaturen 1328
Verkauf — Miete — Ankauf aller Büro-Hilfsmaschinen.
Ludwig Isaac, Magdeburg
Schwibbogen : Tel. 2071.

1325
Mücken-Plage
Schutzmittel gegen Mücken und Stechfliegen
Hof-Apotheke
Breiteweg 158.

Für den Schaden, den Sie haben, wenn Ihnen nur ein Hemd gestohlen wird, können Sie sich schon einige meiner verbesserten Schloßsicherungen oder ein gutes 2515 Sicherheitsschloß anschaffen. Solche empfehle in großer Auswahl.
Anfertigung von Schlüsseln aller Art.
Gustav Braune
Schlossermeister,
Nr. 2 Apfelstraße Nr. 2.

Sternzwirn, Briefpapier u. and. Gebrauchsart. off. Händl. u. Hausier. H. Müller, Olvenst. Str. 66

Umzüge
Fuhren aller Art und Gepäckbeförderung, ein- u. zweispännig, übernehm. sofort Blaue Radler, Schöneckstr. 8, Telephon 5260 und 2475.

Alteisen 1733
kauft ständig zu höchst. Preisen E. Wendt, Fermersleben, Hertensstr. 5/6. Telephon 7339

Rauchtabak lose, reine prima Ware, 100 g 4.50. Invalide Ruß, Lemsdorf, Eisleber Straße 1. 1520

Erfinder verlangen gegen 75 Pfg. in Briefmarken den 52seitigen unentbehrl. Erfinderwegweiser v. Patentbureau Böhme, Halberstadt.

Händler, Kaufleute, Hausierer
erhalten die täglich begehrten Gebrauchsartikel zu äußerst billigsten Engros-Preisen. Lagerbesuch lohnend. — Kein Kaufzwang. —
Rudolf Thiel,
Hasselbachstraße 6
1 Minute vom Hauptbahnhof. 2500 — Fernruf 8221. —

Prima Weinessig
vom Faß, Liter nur 2.50 Mk.
Wegener Kaiser-Wilhelm-Platz 2. 2503

Empfehle Freitag früh frische
Fluß- und Seefische
Schellfisch, Kabeljau
Seelachs 2508
Pfund 2.00 Mark.
Flußhechte Pfund Mark 5.60
Berta Weiß
Große Junkerstraße Nr. 8.

Großer Posten prima kleine Norweger Fettheringe sind eingetroffen. Verkauf nur 50 Pf. das Stück. 2503
Fischhandlung L. Wegener
Kaiser-Wilhelm-Platz 2.

Hundefleisch- und -fettverkauf 2513
Freitag 3 Uhr u. Sonnabend
Marcolin, Margaretenst. 4, III.

Transport prima Altmärk. Futterschweine 2506
steht billig zum Verkauf bei Franz Dietrichs, Neue Neustadt, Schmidtstr. 21, Ecke Heinrichspl.

Altmärker Futterschweine
bis 50 Pfund stehen zum Verkauf. E. Brommer, 2389 Poltestraße 8a.

2487 Wer kann Wohnung nachweisen
die sofort oder später frei wird? Offerten u. H G 8022 an die Expedition dieses Blattes.

Arbeitsmarkt
Sauberes, kinderliebes Mädchen für Haushalt zum 1. od. 15. Juli gesucht. Schultz, Halberstädter Str. 121c, I. 2520

Suche für den Haushalt zum 1. Juli tüchtiges, sauberes Mädchen. 1327
Frau A. Lange, Gastwirt, Beendorf bei Helmstedt.